

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Nifringhaus, Berlin.  
Telefon: Nini Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Drahtanschrift: Cepedian

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 1. März 1930

Warum Notopfer?

Int. Instituut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Im Etat des Reiches und in den Etats der Länder müssen im Jahre 1930 Fehlbeträge von insgesamt 725 Millionen Mark gedeckt werden. Davon entfallen auf das Reich 555 Millionen, auf die Länder 170 Millionen. In dem Fehlbetrag des Reiches sind 250 Millionen für die Arbeitslosenversicherung enthalten. Werden davon 150 Millionen durch den Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien an die Sozialversicherung gedeckt, so vermindert sich der Fehlbetrag des Reiches auf 405 Millionen, der von Reich und Ländern zusammen auf 575 Millionen.

Für diese Summe muss durch Steuererhöhungen Deckung geschaffen werden. Wie das geschehen soll, ist seit Wochen Gegenstand der Diskussion bei der Regierung und bei den Parteien. In dem Fehlbetrag von 575 Millionen sind für die Schuldentilgung 450 Millionen enthalten, die im nächsten Jahre nicht wiederkehren. Deshalb muss versucht werden, für diesen einmaligen Mehrbedarf eine einmalige Deckung zu beschaffen. Das ist umso notwendiger, als auch die Darlehn an die Arbeitslosenversicherung in späteren Jahren bei Besserung der Arbeitslage entweder ganz fortfallen werden, sich mindestens aber sehr erheblich vermindern. Vor allem muss aber zum Ausgleich für bereits erfolgte oder bevorstehende Erhöhungen von Massensteuern dem Besitz wenigstens eine einmalige Mehrbelastung auferlegt werden. Daher ist der Gedanke aufgetaucht, einen Teil des Fehlbetrages durch eine einmalige befristete Abgabe vom Einkommen zu erheben und den vorübergehenden Charakter dieser Massnahme durch die Bezeichnung "Notopfer" zum Ausdruck zu bringen.

Es scheint, als ob der Grundgedanke dieses "Notopfers" jetzt auch in den letzten Beratungen der Reichsregierung mehr an Boden gewonnen hat, obwohl noch nicht feststeht, wie diese Abgabe aussehen, welchen Personenkreis sie erfassen, wie hoch sie im Einzelfall sein soll und welcher Gesamtertrag aus ihr zu erwarten ist. Ein solches Notopfer könnte in zwei Formen erhoben werden: entweder als allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer, von dem alle Bevölkerungskreise von einem bestimmten Einkommen ab betroffen würden, oder als eine Sonderabgabe von den Festbesoldeten, also in erster Linie von den Beamten.

Für die Erhebung des Notopfers in der Form eines allgemeinen Zuschlags zur Einkommensteuer sprechen folgende Gründe: der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhau hat dem Reichskabinett ein Deckungsprogramm vorgelegt, das die Deckung des Fehlbetrages ausschliesslich durch indirekte Steuern vorsieht. Ausserdem soll zur Deckung noch die Erhöhung der Tabaksteuer herangezogen werden, die bereits im Dezember vorigen Jahres beschlossen worden ist. Auf diese Weise würde der Fehlbetrag des Reiches und der Länder überwiegend durch eine Erhöhung der Massenbelastung ausgeglichen werden, während die Besitzbelastung nur zu einem sehr geringen Teil dazu herangezogen würde. Deshalb erscheint es nur recht und billig, dass angesichts der besonderen Notlage des Reiches, der Länder und der Gemeinde auch die besitzenden Schichten ein besonderes Opfer bringen, wie es ein Zuschlag zur Einkommensteuer wäre. Von diesem Zuschlag müssten selbstverständlich

die kleinen Einkommen befreit werden, weil sie durch die Erhöhung der indirekten Steuern besonders stark betroffen werden.

Ein solches allgemeines Notopfer ist tatsächlich nur ein bescheidener Ausgleich für die Mehrlasten, die die breiten Massen für die Sanierung der öffentlichen Finanzen auf sich nehmen sollen. Denn während die Erhöhung der indirekten Steuern eine dauernde Mehrbelastung darstellt, ist das Notopfer nur als einmalige Massnahme gedacht, die automatisch in Wegfall kommt, wenn die Notlage der öffentlichen Finanzen behoben ist. Ein solches Notopfer wäre aber nicht nur in vollem Masse sachlich berechtigt, es wäre auch politisch leichter durchsetzbar als eine Sonderbelastung einzelner Volksgruppen. Denn das Notopfer in dieser Form könnte vom Reichstag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden, während ein Notopfer der Festbesoldeten ein Eingriff in die wohlerworbenen Rechte der Beamten wäre und infolgedessen eine verfassungsändernde Mehrheit erfordern würde. Ob diese Mehrheit im Reichstag zu erreichen wäre, ist mindestens zweifelhaft.

Andererseits können auch für ein besonderes Notopfer der Festbesoldeten gute Gründe angeführt werden. Man weist darauf hin, dass die Festbesoldeten, in erster Linie die Beamten, inmitten der heute allgemein herrschenden Existenzunsicherheit der einzige Stand sind, der nicht Gefahr läuft, durch Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und Konjunkturniedergang seine Existenz zu verlieren. Diese allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit ist so gross, dass es den Arbeitskräften der Privatwirtschaft und den Unternehmern bisher nicht möglich war, sich ihrer allein zu erwehren. Deshalb haben Reich und Gemeinden helfend eingreifen müssen das Reich durch die Darlehn an die Arbeitslosenversicherung, die Gemeinden durch die Leistungen der Wohlfahrtspflege. Aber auch Reich und Gemeinden sind am Ende ihrer finanziellen Kraft und können die aus der Wirtschaftskrise erwachsenden Mehrlasten nicht mehr mit den bisherigen Mitteln aufbringen. Daher liegt es nahe von den Festbesoldeten ein besonderes Opfer zu verlangen, dass der besonderen wirtschaftlichen Notlage der übrigen Volksschichten Rechnung trägt und Reich und Gemeinden in die Lage versetzt, ihren Verpflichtungen wie bisher nachzukommen.

Dieses Notopfer der Festbesoldeten ist aber nicht nur in ihrer Existenzsicherheit begründet. Die Festbesoldeten, insbesondere die Beamten der öffentlichen Verwaltung, haben selbst ein unmittelbares Interesse daran, die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten überwinden zu helfen. Denn wenn Reich, Länder und Gemeinden dieser Schwierigkeiten nicht mehr Herr werden, so können daraus leicht wirtschaftliche und politische Gefahren erwachsen, die auch die Existenzgrundlage der Festbesoldeten erschüttern müssten.

Allerdings sprechen gegen ein solches besonderes Notopfer der Festbesoldeten zahlreiche Gründe. Während es bei einem allgemeinen Notopfer, wie es ein Zuschlag zur Einkommensteuer sein würde, sehr einfach ist, den Kreis der Pflichtigen zu bestimmen, begegnen der Festsetzung des Personenkreises bei den Festbesoldeten besondere Schwierigkeiten. Zunächst einmal muss der Gedanke ausscheiden, die Festbesoldeten zur Arbeitslosenversicherung heranziehen zu wollen. Ein solche Massnahme würde dem Charakter der Versicherung widersprechen, denn sie würde einen Kreis von Versicherten schaffen, die nur Pflichten, aber keine Rechte gegenüber der Arbeitslosenversicherung haben.

Nicht einfacher ist der Plan durchzuführen, das Notopfer in Form einer Gehaltskürzung zu erheben. Wessen Gehalt soll gekürzt werden, das des kleinen Beamten ebenso wie das des hohen? Sollen neben den Beamten alle Festbesoldeten, insbesondere auch die hohen Angestellten der Privatwirtschaft herangezogen werden? Können die Angehörigen der Reichswehr, der Schutzpolizei, des Reichswasserschutzes mit erfasst werden? Wie steht es mit den Beamten und Angestellten von Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank? Soll schliesslich das Notopfer nur auf die aktiven Beamten beschränkt bleiben, oder muss es nicht auch auf Wartestandsbeamten und Pensionsempfänger ausgedehnt werden? Und endlich noch die besonders wichtige Frage, ob von allen Einkommen ein prozentual gleicher Satz erhoben, oder ob das Notopfer nach der Höhe des Einkommens gestaffelt werden soll.

Soviel Fragen, soviel Meinungsverschiedenheiten. Es ist daher nicht abzusehen, ob und wie hierüber eine hinreichende Mehrheit des Reichstags zu einer Einigung kommen soll. Wie die Entscheidung aber über Form und Inhalt des Notopfers auch ausfallen wird, es steht zweierlei fest: der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte muss gedeckt und eine einseitige Belastung der unteren Volksschichten vermieden werden.

SPD. Kopenhagen, 1. März (Eig. Drahtb.)

Auf der Werft von Burmeister und Wain ereignete sich am Sonnabend ein schweres Bauunglück, das drei Arbeitern das Leben kostete. Bei einer im Bau befindlichen Maschinenhalle stürzte das Gerüst zusammen und riss drei Arbeiter aus der Höhe des sechsten Stockwerkes mit in die Tiefe. Zwei Arbeiter, ein Deutscher namens Buchardt und ein Däne waren auf der Stelle tot, der dritte Verunglückte wurde in schwerverletztem Zustande in ein Krankenhaus geschafft. Hier ist er kurz nach seiner Einlieferung gestorben.

-----

SPD. Der Widerstand der Deutschen Volkspartei gegen ein sogenanntes Notopfer zur Einkommensteuer hat dazu geführt, dass der Reichspräsident Hindenburg dem Reichskabinett von seiner Auffassung über ein eventuelles Notopfer Kenntnis gegeben hat. Wie man hört, hält der Reichspräsident ein Notopfer für unumgänglich, um eine befriedigende Lösung für die Deckung des Fehlbetrages im Etat um in der Arbeitslosenversicherung zu finden. Allerdings gehen die Meinungen auseinander, in welcher Form dieses Notopfer vom Reichspräsidenten gewünscht wird. Die einen behaupten, dass er sich für das Notopfer der Festbesoldeten, also in erster Linie der Beamten der öffentlichen Körperschaften einsetze. Dagegen hört man von anderer Seite, dass er gegen eine einseitige Belastung einer einzelnen Berufsgruppe schwere Bedenken habe und daher das allgemeine Notopfer v. ziele, durch das alle Einkommensempfänger von einer bestimmten Einkommensgrenze an aufwärts ohne Unterschied ihrer Berufsstellung durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer herangezogen werden können.

Im Laufe des Sonnabendvormittag hat der Reichspräsident den Führer der Zentrumsfraktion des Reichstags, den Abg. Dr. Brüning und den Führer der Volksparteilichen Reichstagsfraktion, den Abg. Dr. Scholz, zu Besprechungen empfangen. In einer im Anschluss an diese Besprechung stattgefundenen Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei erstattete Dr. Scholz Bericht über seine Unterredung mit dem Reichspräsidenten. Man war einstimmig der Überzeugung, dass die Volkspartei ihre bisherige ablehnende Haltung zum Notopfer beibehalten müsse. Reichsausschuss und Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei treten am Sonntag zusammen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ihre nächste Fraktions-sitzung am Mittwochnachmittag 3 Uhr abhalten.

-----

SPD. Paris, 1. März (Eig. Drahtb.)

Tardieu besprach sich am Sonnabend-Vormittag u. a. mit Herriot und Briand, später erstattete er dem Präsidenten der Republik Bericht. Man glaubt, dass Tardieu bis Sonntag abend sein Kabinett endlich beisammen haben wird und hält es nicht für ausgeschlossen, dass er bei der ersten Abstimmung eine Mehrheit von etwa 20 Stimmen erhält. Die Dauerhaftigkeit eines solchen Gebildes, das sich im wesentlichen auf die alte und wiederholt durchbrochene Majorität stützen würde, die Tardieu als Erbschaft Poincarés übernommen hatte, ist eine andere Frage.

In der Unterredung mit Herriot hat Tardieu nochmals alles aufgeboten, um die Radikalen zu einer Änderung ihrer bisherigen Haltung zu bewegen. Er bot ihnen für Herriot, Daladier, Chautemps und einen vierten Radikalen Ministerposten an, darunter das Justizministerium und das Innenministerium. Das Ministerium sollte überdies nur provisorischen Charakter tragen und im Zeichen eines parlamentarischen Waffenstillstandes stehen. Nach Erledigung des Budgets und der schwebenden internationalen Verhandlungen - London, Genf, Saarverhandlungen und Young-Planratifikation - sollte er sofort freiwillig demissionieren. Die Radikale Kammerfraktion lehnte aber auch dieses Angebot Tardieus nach kurz-

zer Beratung einmütig ab. Es wird Tardieu somit nichts anderes übrig bleiben, als ein Kabinett der Rechten zu bilden, wobei einige Überläufer aus dem linken Zentrum dazu dienen werden, den Schein einer "Koalitionsregierung" nach aussen hin zu wahren.

Über das Verhältnis Briands zu den Tardieu'schen Projekten sind immer noch die widersprechendsten Gerüchte im Umlauf. Vorerst lässt sich nur das eine mit Bestimmtheit sagen, dass Briand bisher keinerlei bindende Zusage für seine Mitwirkung in einer Rechtsregierung Tardieu abgegeben hat.

---

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei dürfte sich schon in den allernächsten Tagen mit dem "Fall Grützner" beschäftigen. Die Mitgliedschaft Grützners wird im Vorstand der S.P.D. schon seit Monaten als eine ausserordentlich zweifelhafte Angelegenheit betrachtet. Nachdem sich Grützner jetzt selbst entlarvt und vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus ehelos und parteischädigend gehandelt hat, kann über den Ausgang des gegen ihn einzuleitenden Verfahrens kein Zweifel mehr sein. Für zweifelhafte Charaktere wie Grützner ist innerhalb der Sozialdemokratie kein Platz.

Es ist bezeichnend, dass diesem Grützner in der deutschnationalen Presse plötzlich ein eifriger Verteidiger entstanden ist, Sie betrachtet ihn als Mann der ihr Geschäft verrichtet hat, obwohl der Brief dieses seltsamen Ehrenmannes weder den Anlass noch den Ausschlag zu dem Rücktritt des preussischen Innenministers gegeben hat. Er bildete lediglich ein Glied in der Kette der monatelangen schmutzigen Verleumdungen gegen Grzesinski. Diese Verleumdungen nicht nur unterstützt sondern gleichzeitig weitergeleitet zu haben, darf sich Grützner als Hauptverdienst seiner politischen Tätigkeit der letzten Jahre anrechnen. Seinen Ursprung hat dieses ehrlose Verhalten in dem Bedürfnis dieses Grützner's nach Rache gegenüber dem zurückgetretenen preussischen Innenminister, dem gerade Grützner vieles und vor allem zu verdanken hat, dass er sich heute noch in Amt und Würden befindet. Als Grützner seinerzeit das Amt des Regierungspräsidenten in Merseburg aufgeben musste, hat Grzesinski seine Veretzung an das Obergericht in Berlin trotz zahllicher Willensände durchgesetzt. Jetzt hat sich diese in jeder Beziehung zweifelhafte Gestalt zu rächen versucht, indem sie in den Chor der deutschnationalen Verleumder mit einstimmte. Der Pfeil ist gegen seinen Urheber zurückgeflogen. Grzesinski besitzt nicht nur weiterhin das Vertrauen der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages, nein er besitzt mehr, er besitzt das Vertrauen der Gesamtpartei, die seine hervorragenden Leistungen als Innenminister dankbar anerkennt und immer zu schätzen wissen wird. Wie steht gegenüber diesem lauterem Charakter jener kleine Verleumder und Rächer in der Würde eines Senatspräsidenten da?

Von diesem Menschen kann man in Zukunft nur noch mit Verachtung reden!  
Das letzte Wort ist über ihn noch nicht gesprochen.

---

SPD. Paris, 1. März (Eig. Drahtb.)

Ein Meteor von ungewöhnlicher Grösse ist in der Nacht zum Sonnabend in der Gegend der Loire-Mündung niedergegangen. Der Meteor war nach Berichten von Bauern, die ihn am Himmel dahinfliegen sahen, so gross wie ein Zimmer und kam aus ost-nord-östlicher Richtung. Er überflog von einem kanonendonnerartigen Geräusch begleitet die Ortschaften St. Cette, Brevin und Peinebeouf. Der Flug des Meteors löste einen so ungeheuren Luftdruck aus, dass mehrere Bäume entwurzelt und in der Gegend Spuren eines feinen Aschenregens gefunden wurden. Am Morgen wurden eifrige Nachforschungen in der ganzen Gegend angestellt. Der Meteor konnte jedoch nirgends aufgefunden werden. Man nimmt deshalb an, dass er ins Meer gefallen ist.

---

SPD, Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: "Die in der Öffentlichkeit über Gebühr behandelten Unstimmigkeiten zwischen dem Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss und dem Kommandeur Heimannsberg haben jetzt nach der Rückkehr des Letztgenannten ihre Erledigung gefunden. Der Polizeipräsident hatte mit beiden Herren eine eingehende Aussprache. Hierbei gelang es, alle Unstimmigkeiten und Missverständnisse restlos auszuräumen.

Soweit bei der Besprechung grundsätzliche Fragen der Polizeiorganisation erörtert wurden, besteht, wie gegenüber irrigen Meldungen hervorgehoben werden muss, völliges Einverständnis darüber, dass die Schutzpolizei in gleicher Weise wie jede andere Abteilung des Berliner Polizeipräsidiiums dem Polizeipräsidenten und somit auch dem Polizeivizepräsidenten untergeordnet ist.

Das erzielte Ergebnis berechtigt zu der bestimmten Erwartung, dass die vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden bewährten Beamten für die Zukunft gewährleistet ist."

+ + +  
Dieses Ergebnis der Auseinandersetzungen war von vornherein zu erwarten und kann nur diejenigen überraschen, die den internen Konflikt im Berliner Polizeipräsidium wochenlang in der unverantwortlichsten Weise auszuschlachten versucht haben. Den Vogel hat in dieser Beziehung neben der Berliner "Boulevard-Presse" der "Dortmunder Generalanzeiger" abgeschossen. Was dieses Blatt über die Ursachen des Konflikts und seinen wahrscheinlichen Ausgang in den letzten Wochen orakelt hat, war in jeder Beziehung aus den Fingern gezogen. Selten ist die Leserschaft eines Blattes so irreführt worden wie in dem Fall des "Dortmunder Generalanzeigers"!

-----  
SPD. Bukarest, 1. März (Eig. Drahtb.)

Die Berliner Sowjetbotschaft hat bestritten, dass die russische Handelsgesellschaft in Berlin auch nur irgend etwas mit der in Rumänien aufgedeckten Spionageaffäre zu tun hat. Die rumänische Presse hält demgegenüber ihre Behauptungen über die bisherigen Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen aufrecht. Im übrigen dürfte die schon in absehbarer Zeit stattfindende Gerichtsverhandlung die erforderliche Aufklärung bringen.

-----  
SPD, Die Demokratische Reichstagsfraktion ist telegraphisch zu Sonntag-Nachmittag 5 Uhr nach Berlin einberufen worden. Tagesordnung: Besprechung der politischen Lage.

-----  
SPD. Genf, 1. März (Eig. Drahtb.)

Die ordentliche Sitzung, die der zweite Ausschuss der Wirtschaftskonferenz am Sonnabend abhielt, gab keinen Fingerzeig dafür, ob die Konferenz noch ein praktisches Ergebnis von einigem Wert erzielen wird.

Der Ausschuss nahm - unverbindlich, wie auf englischen Wunsch ausdrücklich erklärt wurde - den Bericht eines Unterausschusses über den Warenaustausch zwischen den landwirtschaftlichen und industriellen Ländern entgegen. Der Bericht wiederholt zum grössten Teil die Forderungen der Weltwirtschaftskonferenz vom Jahre 1927, geht aber insofern über sie hinaus, als er für die Behandlung der Ausfuhr der europäischen Landwirtschafts-Staaten ein Vorzugssystem fordert, wogegen allerdings Holland und England Einwände erhoben. Auf französischen Wunsch wurde dann in die Beratung eines Antrages von Holland, Belgien, Luxemburg und Österreich eingetreten. Die vier Staaten schlagen den Abschluss eines Abkommens vor, in welchem die beteiligten Staaten sich auf ein



wirtschaftliches Programm, das ebenfalls den Wirtschaftsforderungen des Völkerbundes entspricht, verpflichten und den Abschluss eines ersten kollektiven Handelsvertrages anstreben. Serruys-Frankreich begrüßte diesen Antrag, erhob aber so viele Einwände gegen die wesentlichen Punkte des Vorschlages, dass es den Eindruck machte, als käme es Frankreich mehr auf eine weitere Verwischung seiner schroffen Absage an eine gemeinsame Zollfriedens-Politik an als darauf, wenigstens diesen ersten kleinen Schritt zur Milderung der innereuropäischen Wirtschaftskonkurrenz zu unterstützen. - Die Debatte über den Antrag soll am Montag weitergeführt werden.

SPD. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen über die Steuerreform und Arbeitslosenversicherung hat den AfA-Bund veranlasst in letzter Stunde seine Stellungnahme nochmals wie folgt zusammenfassend zu bekunden:

"Die katastrophale Entwicklung des Arbeitsmarktes zwingt zur uneingeschränkten Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung. Die freien Angestelltenverbände lehnen deshalb in voller Übereinstimmung mit den Arbeitergewerkschaften alle Vorschläge ab, die mittelbar oder unmittelbar den Abbau der Leistungen bezwecken. Sie wenden sich insbesondere gegen den Plan des Reichsfinanzministers, der die Kürzung der Leistungen über den Weg einer erweiterten Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung zwangsläufig herbeiführen würde. Die Pflicht des Reiches muss es bleiben, in Zeiten aussergewöhnlich ungünstiger Arbeitsmarktlage Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung zu gewähren; Pflicht der Gesamtheit des Volkes ist es, sich an der Aufbringung der dazu erforderlichen Mittel zu beteiligen.

Der AfA-Bund fordert nochmals nachdrücklichst das Notopfer der Mehrverdiener, das durch einen einmaligen Zuschlag zur Einkommensteuer aller Steuerpflichtigen mit einem über 8000 Mark liegenden Einkommen zu erheben ist. Es ist aber nicht angängig, dieses Notopfer auf Angestellte und Beamte allein abzuwälzen, dagegen alle Kreise der Besitzenden davon restlos zu befreien. Für die nichtversicherungspflichtigen Privatangestellten, die in diesem Zusammenhang fälschlicherweise als Festbesoldete angesprochen werden, wäre eine solche Sondersteuer unerträglich. Diese Angestellten würden, obwohl auch sie in wachsender Masse der Gefahr der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, als einzige Arbeitnehmergruppe zu einer Sonderbelastung herangezogen werden, ohne dass sie auch nur irgendwelchen Unterstützungsanspruch an die Arbeitslosenversicherung erwerben. Der AfA-Bund wiederholt seine Forderung, die Versicherungsgrenze in der Sozialversicherung fallen zu lassen, allen Angestellten aber mit der Beitragspflicht auch den Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu geben. Angesichts des gesamten Steuerprogramms des Reichsfinanzministers, das eine weitgehende Belastung des Massenverbrauchs bringt, wäre es ganz unerträglich, wenn die Besitzenden von diesem einmaligen Notopfer noch ausgenommen würden.

Es muss nach wie vor gefordert werden, dass jede Möglichkeit von Steuerquellen durch Belastung von Vermögen und hohem Einkommen ausgeschöpft wird, um den Staat in die Lage zu versetzen, die sozialen Aufgaben zu erfüllen."

SPD. New York, 1. März (Eig. Bericht)

Die Verurteilung einer 29 jährigen Ladendiebin Ruth St. Clair zu lebenslänglichem Zuchthaus hat die gesamte öffentliche Meinung von New York auf die Beine gebracht. Der unerhörte Urteilsspruch erfolgte unter den Bestimmungen der Baumes-Gesetze, die für jeden zum vierten Male eines Vergehens überführten Angeklagten unweigerlich die lebenslängliche Haftstrafe vorsehen. An die Seite der Presse, die fast ausnahmslos nach einer Abänderung der staatlichen Rechtspflege schreit, haben sich jetzt auch zahlreiche politische und bürgerliche

Organisationen gestellt, die einen sofortigen Gnadenakt des Staatsgouverneurs Roosevelt für die Unglückliche fordern, deren ganzes Verbrechen in dem Diebstahl einiger weniger Luxuskleidungsstücke im Werte von etwa 100 Dollar bestanden hat. Sogar der Richter, der die lebenslängliche Verurteilung der Angeklagten unter dem Wortlaut der Baumes-Gesetze aussprechen musste, der Staatsanwalt und die Geschworenen haben sich dieser Protestflut angeschlossen und fordern vom Gouverneur entschiedene Massnahmen gegen die Wiederkehr derartiger Strafverfolgungen, die aller Vernunft ins Gesicht schlagen.

Im Staatsparlament sind bereits Zusatzanträge zu der Baumes-Strafgesetzgebung eingebracht worden, durch die den Richtern in der Verhängung des Strafmasses eine gewisse Bewegungsfreiheit gegeben werden soll. Wie zu erwarten war, wehrt sich der Vater dieser famosen Gesetze, der Senator Baumes, gegen alle Änderungen. Er behauptet, dass die Schaffung einer Begnadigungsinstanz durch den Gouverneur vollständig genügen würde, die nach eingehender Prüfung der einzelnen Fälle Abänderungen im Strafmasse vornehmen könne. Als wenn den Problemen einer derartigen Rechtsprechung mit Gnadenakten und schwächlichen Gesetzesmilderungen beizukommen wäre! Es ist die Baumes-Rechtsprechung, die die Staatsgefängnisse mit lebenslänglichen Sträflingen überfüllt und aus harmlosen Schuldigen, die nichts mehr zu verlieren und alles zu gewinnen haben, reissende Tiere macht. Es ist diese Rechtsprechung, die zu den blutigen Sträflingsrevolten führt, an denen die beiden letzten Jahre so reich gewesen sind. Eine grössere Bewegungsfreiheit der strafverhängenden Richter mag die schlimmsten Härten mildern, aber nicht den mittelalterlichen Charakter der Baumes-Gesetze an der Wurzel ändern. Und gar von Begnadigungsinstanzen sich zu viel Hoffnung zu machen, ist angesichts des im Staate Kalifornien an den beiden Gewerkschaftlern Mooney und Billings seit 13 Jahren verübten Justizverbrechens geradezu kindisch. Trotzdem die Unschuld der Beiden seit langem zweifellos erwiesen ist, hat die Begnadigungsinstanz, der die Papiere seit Monaten vorliegen, bisher nichts von sich hören lassen. Worauf es bei der Baumes-Rechtsprechung einzig ankommt, ist ein völliges Fallenlassen dieser absurden Gesetze, in deren Schatten immer neue Verbrechen und ungehemmte Rücksichtslosigkeit gedeihen müssen. Aber bis zu einer solchen radikalen Aufräumung hat es bei der Selbstgefälligkeit der Behörden des Staates New York noch eine lange Weile.

---

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat dem Generalintendanten Tietjen die Verwaltung sämtlicher Preussischer Staatstheater in Berlin, Kassel und Wiesbaden übertragen. Die künstlerische Selbständigkeit der einzelnen Institute bleibt bestehen.

Der Generalintendant ist ferner mit der Wahrnehmung der Angelegenheiten der Preussischen Staatstheater im Ministerium in der gleichen Weise betraut worden, wie dort seit mehreren Jahren der Generaldirektor der Museen tätig ist.

---

SPD. Amtlich wird mitgeteilt, dass die Voruntersuchung gegen die Sprengstoffattentäter im wesentlichen abgeschlossen ist. Es ist die Aufklärung der Sprengstoffanschläge in Winsen, Beidenfleth, Wesselburen, Itzehoe, Oldenburg, Niebüll, Schleswig sowie der drei Lüneburger Attentate gelungen. Nicht vollständig geklärt ist bisher das Sprengstoffattentat auf den Reichstag sowie kleinere Anschläge in Schleswig-Holstein. Wegen des Reichstagsattentats hat die Staatsanwaltschaft beantragt, die Voruntersuchung, insbesondere die Verfolgung der flüchtigen Angeschuldigten, in Berlin fortzusetzen. Hinsichtlich der Vorgänge in den Bezirken Schleswig-Holstein, Oldenburg und Hannover ist die Sache - im besonderen infolge der von der Mehrzahl der Angeschuldigten abgelegten richterlichen Geständnisse - abschlussreif. Da in Ansehung dieser

Straftaten jetzt in Berlin eine Zuständigkeit nicht mehr besteht, wird voraussichtlich die Staatsanwaltschaft Altona die weitere Behandlung dieses Teiles der Sache übernehmen; es dürfte insoweit mit einer Anklageerhebung gegen etwa 27 Angeschuldigte wegen Verbrechens gegen §§ 5, 6, 7 und wegen Vergehens gegen § 13 des Sprengstoffgesetzes bzw. wegen Begünstigung, Beihilfe und Diebstahls zu rechnen sein.

-----

SPD. "Erwerbslosenwehren" zu organisieren, ist die neueste Militär- und Putschspielerei der Kommunisten Thälmannscher Richtung. Unter dem Vorwand, dass sich die Erwerbslosen "gegen die überhand nehmenden Überfälle der Nazis auf den Stempelstellen und gegen die Unterstützung der Hakenkreuzler durch die Polizei wehren" müssten, sind in den letzten Tagen in verschiedenen Gegenden Deutschlands Erwerbslosenwehren unter kommunistischer Führung entstanden. Diese Wehren sollen am 6. März, den die kommunistische Presse einen "Sturmtag" nennt, zusammen mit den "Stossbrigaden" der KPD in Aktion treten.

+ + +  
Am Sonnabend-Nachmittag kam es in Berlin in der Lothringer Strasse, anlässlich der Beerdigung des von Kommunisten erschossenen Nationalsozialisten Wessel zu Zusammenstößen zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Elementen. Es gab auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte.

-----

SPD. Der nationalsozialistische Regierungsrat Dr. Fabricius vom Landesfinanzamt Brandenburg, ein Mann, an dessen Unzurechnungsfähigkeit schon längst kein Zweifel mehr bestehen kann, hatte sich am Sonnabend wegen Vergehens gegen das Reichsbeamtengesetz vor der Reichsdisziplinarkammer I zu verantworten. Das Urteil lautete auf Dienstentlassung. Im ersten Jahr werden Fabricius 9/10 seiner gesetzlichen Pension und in den nächsten 3 Jahren 3/5 dieser Pension als Übergangsgeld ausgezahlt.

Fabricius hatte im Oktober 1929 eigenmächtig ein auf Anordnung des Reichsfinanzministers im Landesfinanzamt Brandenburg ausgehängtes Plakat entfernt. Das Plakat enthielt einen Auszug aus einem Aufruf der Deutschen Volkspartei, der das Volksbegehren gegen den Young-Plan betraf und als "Stresemanns Vermächtnis" bezeichnet war. Ausserdem hat Fabricius durch mehrere Zeitungsaufsätze, in denen er sich über die Republik und ihre Einrichtungen verächtlich äusserte, gegen seine Amtspflichten verstossen.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)



## Landtags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 1. März (Eig. Bericht)

Der Preussische Landtag vertagte sich am Sonnabend nach kurzer Sitzung auf den 11. März. Zu Beginn gab Präsident Bartels bekannt, dass der bisherige Innenminister Grzesinski als Abgeordneter um einen Erholungsurlaub von 4 Wochen nachgesucht hat, der bewilligt wurde. Der Stimmung im Hause nach zu urteilen unterliegt es kaum einem Zweifel, dass fast einstimmig, d.h. auch bei allen anständigen Gegnern, die verleumderischen Treibereien, die zu seinem Rücktritt führten, verurteilt werden.

Auf der Tagesordnung standen durchweg nur kleinere Vorlagen. Anträge des Geschäftsordnungsausschusses, die nachgesuchte Strafverfolgung von Abgeordneten zu genehmigen, wurden von der Tagesordnung abgesetzt. Dagegen wurden eine Reihe von Anträgen desselben Ausschusses, die Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten zu versagen, ohne Debatte angenommen.

Eine kurze Debatte entwickelte sich bei der 2. Lesung eines Zentrumsantrages, die Altersgrenze der Hochschulprofessoren von 65 auf 68 Jahre zu erhöhen. Dafür traten ausnahmslos alle bürgerlichen Parteien ein. Für die Sozialdemokratie begründete Abg. Dr. Chajes einen ablehnenden Standpunkt. Es ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet für Hochschulprofessoren ein Sonderrecht geschaffen werden soll, zumal die Herren auch nach ihrer Pensionierung noch das volle Gehalt beziehen und in ihrer Forschertätigkeit durch nichts behindert werden können. Der Zentrumsantrag liegt nicht im Interesse des wissenschaftlichen Nachwuchses. - Die Abstimmung über den Antrag findet später statt.

In der Zwischenzeit wird der Hauptausschuss den Justizetat und den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung beraten.

---

# Aus aller Welt

## Mörder 218.

Ein Bild aus der Tiefe des Lebens - Der Abtreibung für schuldig befunden -  
und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

SPD. Die Portierfrau Olga Sprenger wurde vom Schwurgericht des Landgerichts III Berlin wegen gewerbsmässiger, teils versuchter, teils vollendeter Abtreibung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Eine verhärmtete Frau von 53 Jahren steht vor den Richtern, ein Häufchen Elend: in den 6 Monaten Untersuchungshaft hat sie nicht weniger als 40 Pfund abgenommen. Mit schwacher, oft tränender Stimme spricht sie den Bericht ihres Lebens. In einem Dorf des Bezirks Magdeburg ist sie aufgewachsen, Tochter eines Postschaffners und einer Hebamme. 1899 hat sie einen Arbeiter geheiratet, aber die Ehe war unglücklich. Der Mann ist Alkoholiker, hat sie oft misshandelt und ihr samt 3 Kindern nicht mehr als 17 Mark von seinem Wochenlohn zum Lebensunterhalt gegeben. Sie hat sich von ihm getrennt und ist 1916 nach Berlin gekommen. Kärglich hat sie sich durchgebracht: von 5 -  $\frac{1}{2}$  11 Uhr morgens hat sie gewaschen, dann Aufwartungen gemacht. Sie ist in den letzten Jahren viel krank gewesen. Der gerichtliche Sachverständige bezeichnet sie als "nicht schwachsinnig im Sinne des § 53", aber als "engstirnig". Sie hat gutgläubigen Frauen die Karten geschlagen und bekam dafür manchmal 2 Mark, oft auch weniger. Waren die Frauen und Mädchen, die sie besuchten, schwanger, dann wusste sie einen Rat: Grossmutter und Mutter waren ja Hebammen gewesen. Sie selbst hatte auch Hebamme werden sollen - aber ihre Nerven hielten nicht stand, wenn sie in der Entbindungsanstalt das Jammergeschrei hörte. In den Büchern ihrer Mutter hatte sie sich Aufklärung geholt. Der Sachverständige bezeugt ihr, dass sie bei ihren Eingriffen durchaus "sauber und ordentlich" verfahren sei: sie kochte ihr Gerät aus, bevor sie es benutzte und wusch sich die Hände mit Lysol. Tatsächlich ist auch in den 3 Jahren, während der sie Abtreibungen vornahm, nicht ein einziger Todesfall vorgekommen. Ein einziger Fall von Blutvergiftung, der hinterher in der Klinik behandelt werden musste, kann selbst den besten Aerzten passieren. Im übrigen begeben sich viele Frauen zuerst zu der "weisen Frau" in Behandlung, um hinterher mit einer Blutung sich im Krankenhaus behandeln zu lassen, um also einen Vorwand zu haben für eine Abtreibung unter den Augen der Aerzte.

Der Anwalt der Angeklagten, die von Anfang an alles zugegeben hatte, räumt ein, dass sie ihre Tätigkeit "gewerbsmässig" ausgeübt, d.h. Bezahlung empfangen hatte. Aber, fügt er hinzu, "nur ein Irrsinniger wird sich ohne jedes Entgelt in solche Gefahr begeben, zumal, wenn es ihr wirtschaftlich so schlecht geht, wie dieser Frau". Wenn die Frauen sie beschworen, ihnen zu helfen, und sie fragten, was sie dafür gewöhnlich bekommen, antwortete sie: 85 Mark. Aber nur in den seltensten Fällen hat sie diesen Betrag auch wirklich erhalten. Sie wurde mit Versprechungen abgespeist - man brachte ihr Ringe, Uhren, Wäschestücke als Pfänder. Nie hat sie diese Pfänder veräussert, wohl aber, oft ohne den versprochenen Betrag, wieder zurückgegeben. Von dem "schwunghaften Geschäft", das der Staatsanwalt annimmt, bleibt also kaum etwas übrig.

Der Staatsanwalt ist schwer verärgert, weil die Belastungszeugen, die er geladen hat, ebenso wie der Gatte der Angeklagten, die Aussage verweigern. Der Anwalt findet das durchaus in der Ordnung: sie wären verrückt, wenn sie

sich selber belasteten, und von dem Recht der Zeugnisverweigerung nicht Gebrauch machten. Er widerspricht auch entschieden dem Vertagungsantrag des Staatsanwalts, der mit der Anklageerhebung gegen 34 Patientinnen der Angeklagten droht, da die Zeuginnen auch als Angeklagte nicht zu einer Aussage gezwungen werden können.

Das Gericht geht auf den Vertagungsantrag nicht ein. Es schliesst sich auch nicht der Ansicht des Staatsanwalts an, dass hier ein besonderes "ehrenrühriges" Verbrechen vorliege, das mit 5 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte gesühnt werden müsse. Trotzdem erscheint die Strafe: 2 Jahre Gefängnis ohne Bewährungsfrist in Anbetracht der Tatsache, dass in Wirklichkeit kein Mensch irgendwie geschädigt worden ist, als eine grosse Ungerechtigkeit. Sollte wirklich die Staatsanwaltschaft ihre Drohung wahr machen und gegen die 34 Frauen, deren Namen man in Notizbüchern der Angeklagten gefunden hat, das Verfahren durchführen, dann dürfte sich aus der Affäre noch ein beispielloser Skandal entwickeln.

+ + +

Ist er der Mörder? Der Düsseldorfer Zeitung "Freiheit", die bereits zwei Briefe des Düsseldorfer Mörders erhielt, ist ein neuer Brief zugegangen, der, wie sich aus der Schriftvergleichung ergibt, gleichfalls echt sein dürfte. Der Mörder erzählt in dem Brief, dass sein Vater höherer Beamter war, dass er studiert, später auf einer Bank gearbeitet hätte, die Düsseldorfer Malerakademie besucht habe und Versicherungsinspektor gewesen wäre! Im Übrigen würde er jetzt von zahlreichen Gaunereien leben, viel tanzen, ein Liebling der Frauen sein, obschon er sich nichts aus ihnen mache. Endlich teilt er mit, dass er bei den Kindermorden nicht die ersehnte Entspannung gefunden habe und dass er sogar mit einem Schutzmann zusammen auf die Mördersuche gegangen sei. Er wäre 1.68 Meter gross, trüge keine Brille und sei mit kariertem Anzug und Marengopaletot bekleidet.

+ + +

Der Gefangene von Budweis. Der 65jährige Prager Handelsreisende Heinrich Dubsy, der vor Jahren in Budweis in Südböhmen die Bekanntschaft einer Frau Toncar gemacht hatte, mit der er ein Verhältnis unterhielt, wurde, als er in diesem Jahre wieder nach Budweis kam, von Frau Toncar und ihren jetzigen Mann eingeladen. Das gastfreundliche Ehepaar Toncar hat nun nichts eiligeres zu tun gehabt, als den Dubsy fünf Tage lang einzuschliessen und gefangen zu halten, und die Unterschrift auf einen 10 Tausend Kronen Scheck von ihm zu erpressen, in dem man drohte, andernfalls Dubsy frühere Liebesabenteuer seiner Frau zu erzählen. Ausserdem zwang das Ehepaar den armen Dubsy zu einer Riesenbestellung von Konfektion, die an die Familie Toncar zu liefern, von Dubsy aber zu bezahlen wäre, Dubsy befreite sich indessen aus seiner Gefangenschaft mit Hilfe der Budweiser Polizei, die er dadurch benachrichtigte, dass er an seine Frau nach Prag einen Brief schrieb. Toncar beaufsichtigte zwar die Abfassung des Briefes und kontrollierte den Inhalt, konnte aber nicht verhindern, dass Dubsy auf dem Klosett, wohin er allein gehen durfte, die Bemerkung hinzufügte, dass er in gemeinster Weise gefangen gehalten werden.

+ + +

Grossfeuer in Berlin. Am Sonnabend nachmittag brach im Boden eines Hauses in der Bayerischen Strasse in Berlin-Wilmersdorf ein Feuer aus, das erst so spät wurde, dass der ganze Dachstuhl beim Eintreffen der Feuerwehr bereits in Flammen stand. Von den Dächern angrenzender Häuser musste stundenlang mehrere Schlauchleitungen Wasser gegeben werden, bevor der Brand gelöscht werden konnte. Da das Feuer an mehreren Stellen zugleich ausbrach, wird Brandstiftung vermuthet.

+ + +

"Künstlicher" Besuch. In Berlin traf der Maschinenmensch "Robot" in Begleitung seines Erfinders Mr. Richards ein. Robot, derselbe Herr, der 1928 bei der Eröffnung der Ingenieurausstellung in London zum ersten Mal aufgetreten ist, ist aus Stahl, aber das hindert ihn nicht, sich zu verbeugen, Gegenstände zu halten, den Kopf zu wenden und zu sprechen. Mr. Richards hat eine Liste von ungefähr 40 Fragen zusammengestellt, und so wichtige Dinge, wie spät es ist, wie alt er ist, wo er ist, ob er sich zufrieden fühlt usw. kann der Maschinenmensch prompt beantworten. Versagt sein Hirn, so kommt die Auskunft: Bedauere, weiss ich nicht. Ab 1. März wird Robot von den Berlinern im Wintergarten bestaunt und gehört - der Höhepunkt des eigenartigen Gastspiels ist, wenn Robot das Lied "Armer Gigolo, schöner Gigolo" singt. Robot besteht aus Aluminium, Kupfer, Stahl und Draht und steht auf einem hölzernen Piedestal, das die Bewegungsenergien des Robot in Form von zwei Elektromotoren birgt. Weglaufen kann er nicht, in dieser Hinsicht braucht sein Erfinder sich keine Sorgen zu machen, aber wenn jemand kommt, streckt er die Hände zum Gruss und steht von seinem Sitz auf.

+ + +  
Raubüberfall auf Landpostamt. Auf die Postagentur Heinersdorf bei Frankfurt a.O. hat das Werwolf-Mitglied Willy Hänsel einen Raubüberfall auszuüben versucht. Hänsel wollte den Postagenten unter vorgehaltenem Revolver zur Geldherausgabe zwingen. Durch das Hinzukommen eines Passanten konnte er in die Flucht gejagt, später von der Fürstenwalder Kriminalpolizei verhaftet werden. Man fand bei ihm zwei Revolver, Patronen und Einbruchswerkzeuge.

+ + +  
Das Grosse Los. In der Sonnabend-Vormittagziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurden auf Los Nr. 217 188 500 000 Mark gezogen. In der ersten Abteilung wird das Los in Jena gespielt, wo Angehörige des Mittelstandes und der Arbeiterklasse die glücklichen Besitzer sind. In Abteilung 2 sind die Gewinner Einwohner Bremens, die je einen halben Anteil haben.

+ + +  
Elektrohinrichtung eines Professors. Der Universitätsprofessor James Snooks, der im Jahre 1929 wegen der Ermordung der Studentin Theora Hix zum Tode verurteilt worden ist, wurde in Columbus im Staate Ohio auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Bis ungefähr eine halbe Stunde vor der Exekution weilte die Frau des Verurteilten bei ihrem Mann. Angeblich liess Snooks die Hinrichtung mit grosser Gelassenheit über sich ergehen.

+ + +  
Für 400 000 Dollar Schmuck gestohlen? Der aus 47 Diamanten bestehende Schmuck der früheren österreichischen Erzherzogin Maria Theresia, der einen Wert von 400 000 Dollar repräsentiert, ist verschwunden. Zum Zwecke des Verkaufs hatte die Besitzerin das kostbare Kollier an einen Obersten des britischen Geheimdienstes in New York geschickt, der plötzlich nichts mehr von sich hören, geschweige denn von dem Schmuck etwas sehen liess. Die Staatsanwaltschaft ist im Verein mit der Kriminalpolizei um die Aufklärung des mysteriösen Falles bemüht. Der in Amerika weilende Erzherzog Leopold, der den verschwundenen Oberst kannte, soll vernommen werden. Vermutlich können seine Bekundungen als Fingerzeig zur Wiederherbeischaffung des Kolliers dienen. Der Schmuck ist ein Geschenk Napoleons an seine zweite Frau, die Kaiserin Marie Louise.

+ + +  
Ein Zahnarzt als zweifacher Giftmörder. Im Untersuchungsgefängnis der Stadt Beziere in Frankreich sitzt der Zahnarzt Dr. Laget unter dem Verdacht, seine beiden verstorbenen Frauen und seine Schwester vergiftet zu haben. Laget, der aus einer sehr geachteten Familie der französischen Provinz stammt, hatte nach dem Kriege seine erste Frau, Sarah Alexander, geheiratet. 1920 starb sie und Laget bekam die Lebensversicherungssumme von 500 000 Francs ausbezahlt. Darauf verliebte er sich in die Schwester seiner verstorbenen Gattin. Der Schwiegervater verweigerte jedoch die Einwilligung zur Heirat, weil Laget we-

niger seiner Praxis nachging, aber desto mehr Zeit dem Börsenspiel widmete, wobei er Unsummen verlor. Als jedoch der Schwiegervater gestorben war, heiratete Laget die Schwägerin. Sie starb vor neun Monaten. Laget bekam diesmal von der Lebensversicherung 100 000 Francs ausbezahlt. Inzwischen verlobte er sich zum dritten Mal, und er hätte zum dritten Mal geheiratet, wenn nicht die Polizei dazwischen gekommen wäre.

Etwa vor 14 Tagen wurde die Schwester Lagets dem Krankenhaus überwiesen. Die Aerzte stellten Arsenikvergiftung fest. Wie konnte das Arsenik in die von der Schwester gegessenen Speisen kommen? Nur Laget und seine Mutter kommen für die Polizei als Täter in Frage. Jetzt erinnerte man sich an die beiden so schnell und plötzlich verstorbenen Frauen Lagets. Bald wurde die Ausgrabung und Sezierung der Leichen vom Untersuchungsrichter beantragt. Laget war zugegen, als seine beiden ehemaligen Frauen aus dem Grabe geholt und ihre Körper im Krankenhaus untersucht wurden. Er blieb kalt und zynisch und machte nur einige medizinische Bemerkungen über den Verwesungsprozess der Leichen. Der war bereits bei der ersten Gattin so weit vorgeschritten, dass die Aerzte kaum noch die Todesursache und einen richtigen Befund feststellen konnten. Bei der Leiche der zweiten Frau haben sich jedoch Anzeichen ergeben, die auf eine Arsenvergiftung schliessen lassen. Der Untersuchungsrichter wartet auf die entsprechenden Gutachten. Einstweilen bleibt Laget in Haft. Selbst die Aussagen von Mutter und Schwester zeugen gegen Laget. Nur eine ist ihm treu geblieben und erklärt, nicht daran zu denken, das Verlöbnis aufzulösen: die neue Braut, die nicht schwankend wird und immer noch daran denkt, demnächst seine dritte Frau zu werden.

Feuerpanik im Bulgarendorf. In dem Dorfe Rachowo (Bulgarien) brach ein Grossfeuer aus, das zahlreiche Wohnhäuser, Scheunen und Stallungen einäscherte. Am gleichen Abend fand in der Ortslesehalle eine Theatervorstellung statt, der der grösste Teil der Bevölkerung beiwohnte. Als das erste Haus in Flammen aufging, rannte ein erschrockener Bauer in den überfüllten Saal, riss die Tür auf und schrie: "Rettet Euch! Grossfeuer!" Eine ungeheure Panik entstand, alles drängte zu der einzigen Ausgangstür und zu den wenigen Fenstern. Wer nicht stark und schnell genug war, wurde niedergetreten. 16 Personen sind mehr oder weniger schwer verletzt worden.

Die Komplizen des Vizekonsuls. Einer der Komplizen Harry Halls, des amerikanischen Vizekonsuls des Warschauer Konsulats, der wegen des Verdachtes des Mädchenhandels und der Passfälschung verhaftet wurde, ist ein gewisser Basskin, der als amerikanischer Bürger grösstenteils in Polen nicht weniger als 17 Ehen eingegangen war und auf diese Weise zahlreichen Frauen die Einreise nach den Vereinigten Staaten ermöglicht hatte. Basskin bekam für jede derartige Transaktion 600 bis 1000 Dollar. Er steht ausserdem noch unter dem Verdacht, Mädchenhandel in grossem Masstabe betrieben zu haben.

Der Rekord der "Europa". Beim ersten Teil der Probefahrt der "Europa" hat das Schiff in 24stündiger Fahrt von Utsiri (Norwegen) nach Fair Island (Schottland) seine Turbinen mit über 120 000 Wellenpferdestärken arbeiten lassen. Bei grober See und Windstärke 10 erreichte das Schiff eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 27,3 Seemeilen. Bei dem einen Turbinensatz stellte sich ein Fehler heraus. Als er ausgeschlatet wurde, machte man die Feststellung, dass das Schiff selbst bei drei Turbinenaggregaten seine fahrplanmässige Dienstgeschwindigkeit von 26,25 Seemeilen innehalten kann.

---



# Gewerkschaftliche Bündnis

## Der Kampf um das Notopfer.

### Eingabe des ADB an die Reichsregierung.

SPD. Der Notopfergedanke marschiert. Die Zahl seiner Anhänger wird jetzt, nachdem sich der Reichspräsident für ein Notopfer ausgesprochen hat, auch in den Rechtskreisen zunehmen. Die Frage ist nun: wie soll das Notopfer aussehen? Gegen ein Notopfer der Festbesoldeten, für das seit einigen Tagen viel Propaganda gemacht wird, wendet sich sehr energisch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund. Er hat zu diesem Zweck an die Reichsregierung folgende Eingabe gerichtet:

"Von der Reichsregierung wird nach übereinstimmenden Pressemeldungen der Plan erwogen, das Etatdefizit durch ein sogenanntes "Notopfer der Festbesoldeten" zu decken. Hierunter wird offenbar eine besondere steuerliche Heranziehung sämtlicher Beamten und daneben derjenigen Angestellten verstanden, die wegen der Höhe ihres Gehalts nicht mehr arbeitslosenversicherungspflichtig sind. Gegenüber diesen Absichten bringen wir in letzter Stunde die Bedenken und den Widerspruch zum Ausdruck, den die von uns vertretene Beamtenschaft gegen eine derartig einseitige und unsoziale Massnahme erhebt.

Es wäre unerträglich, wenn das Notopfer allein auf die Beamten und die Angestellten beschränkt, dagegen alle Kreise der Besitzenden und alle sonstigen Einkommensarten (aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus der Anlage oder sonstiger Verwertung von Kapital usw.) davon befreit würden. Durch eine derartig einseitige Massnahme, die in keiner Beziehung nach steuerlichen Gesichtspunkten orientiert ist, wird der Grundsatz der Steuergleichheit verletzt.

Was hier in die Form einer steuerlichen Notmassnahme gekleidet wird, stellt für die Beamten nichts anderes dar als eine versteckte Gehaltskürzung. Einer solchen Massnahme müssen wir daher auch aus verfassungsrechtlichen Gründen widersprechen. Wir betonen besonders, dass eine Gehaltskürzung auch nicht auf die in den Besoldungsgesetzen der Länder usw. enthaltenen Klauseln gestützt werden kann, wonach die Bezüge der Beamten selbst durch einfaches Landesgesetz herabgesetzt werden können; diese Klauseln werden nicht als rechtsgültig anerkannt, wie sich aus den zahlreichen überzeugenden Gutachten, die bereits seit längerem vorliegen, aus der Entscheidung des Danziger Obergerichts vom 25. IX. 1928 und aus dem soeben erst bekanntgewordenen Gutachten des Bayerischen Obersten Landesgerichts (Landtagsdrucksache Nr. 948) ergibt.

In der von uns erst kürzlich auch dem Herrn Reichskanzler und sämtlichen Herren Reichsministern überreichten Denkschrift haben wir dargelegt, dass und weshalb die wirtschaftliche Lage der unteren Beamtengruppen keineswegs befriedigend ist. Daraus ergibt sich, dass eine weitere Senkung des Einkommens dieser Gruppen nicht mehr erträglich wäre. Die Berechtigung unserer Feststellungen ist vor kurzem noch dadurch anerkannt worden, dass eine Steuerreform mit dem Ziele der Erleichterung der Bezieher niedriger Einkommen beabsichtigt war. Es ist daher unmöglich, jetzt eine Massnahme - gleich welcher Art - zu treffen, die diese niedrigen Einkommen noch weiter vermindert.

Wir halten eine Kürzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für unmöglich und das Reich für verpflichtet, bei aussergewöhnlicher Inanspruchnahme Zuschüsse an die Reichsanstalt zu gewähren. Deshalb hätten wir uns damit ab-

finden können, dass eine Deckung des Defizits durch Erhöhung der Einkommensteuer geschaffen worden wäre, wie sie auch im Reichskabinett bereits erwogen worden ist. Keinesfalls aber darf diese Belastung des Einkommens auf die Beamten und Angestellten beschränkt und unter Ausserachtlassung jeder sozialen Rücksicht geschaffen werden."

---

SPD. Die badische Textilarbeiterschaft ist seit April 1929 in allen Textilbetrieben tariflos, da das Reichsarbeitsgericht den Lohn tarif vom 6. Dezember 1927 für ungültig erklärt hat. Um wieder einen neuen Tarif zu schaffen, haben die Gewerkschaften am 7. Januar 1930 beim badischen Textilarbeitgeberverband neue Lohnforderungen eingereicht. Sie haben beantragt, den Stundenlohn des 25-jährigen Tagelöhners von 60 auf 68 Pfennig und den der 25-jährigen Tagelöhnerin von 45 auf 51 Pfennig zu erhöhen. Der Lohn der Akkordarbeiterschaft soll im gleichen Verhältnis wie der Stundenlohn des 25-jährigen Tagelöhners steigen. Diese Forderungen wird niemand als übertrieben oder als unerfüllbar hinstellen können. Zu beachten ist, dass die letzte Lohnerhöhung in Baden am 14. November 1927 erfolgte. Seitdem sind die Lebenshaltungskosten beträchtlich gestiegen. Die Textilarbeitgeber denken jedoch anders. Sie haben den Gewerkschaften mitgeteilt, dass sie einen Abbau der Löhne der badischen Textilindustrie um 9 - 10% beantragen werden. Direkte Verhandlungen mit den Gewerkschaften wurden von ihnen abgelehnt. Statt dessen haben sie sofort ihre Lohnabbau-Forderungen dem Landesschlichter für Südwestdeutschland in Karlsruhe übermittelt und bei den vor kurzem stattgefundenen Verhandlungen vor dem Schlichter erklärt, dass sie von ihrem Antrag, den Lohn abzubauen, keinen Schritt zurückweichen werden.

Die badischen Textilarbeitgeber wollen es mit der "Politik der gepanzerten Faust probieren". Zunächst versuchen sie, den Schlichter breitzuschlagen. Wie unmöglich ihr Verlangen ist, zeigt die Auswirkung ihrer Forderungen. Für den 25-jährigen Tagelöhner würde pro Zahltag ein Verdienstausschlag von 4,80 Mark und für die gleichaltrige Tagelöhnerin ein Ausschlag von 3,84 Mark eintreten. Für die Akkordarbeiterschaft würde der Abzug pro Zahltag 5 - 6 Mark betragen. Die Textilarbeiter des Mannheimer Bezirks, für die eine Sonderregelung in der Lohnfrage besteht, kämen noch schlechter weg.

Die Organisationsvorsteher haben es bei den Verhandlungen strikte abgelehnt, auf der Grundlage eines Lohnabbaus zu verhandeln. Am 6. März finden vor dem Landesschlichter neue Verhandlungen statt.

---

SPD. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hat in Sofia, das er auf seiner Balkanreise berührte, nachdrücklich auf den unerträglichen Kontrast zwischen sozialer Gesetzgebung und sozialer Wirklichkeit hingewiesen, der nirgends so krass zutage trete, wie in den Balkanländern. In einem öffentlichen Vortrag über die Aufgaben und Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes machte Thomas darauf aufmerksam, dass Bulgarien auf der Ehrentafel der dem Genfer Arbeitsinstitut angeschlossenen Staaten stehe, da es von 28 Konventionen bisher 23 ratifiziert habe, in der Durchführung der ratifizierten Abkommen jedoch wie die übrigen Balkanstaaten recht viel zu wünschen übrig lasse.

Der Tiefstand der wirtschaftlichen und sozialen Lage der bulgarischen Arbeiter und Kleinbauern wurde von Thomas in einer Unterredung mit dem Korrespondenten des Sozialdemokratischen Pressedienstes scharf beleuchtet. Thomas betonte, das soziale Elend Bulgariens habe ihn erschüttert. Die Bilder, die die Gewerkschaften ihm entworfen hätten, seien trostlos. Eine Reihe von Protesten, Forderungen und Beschwerden der Gewerkschaften habe er an zuständiger Regierung

rungsstelle vorgetragen. Besonders im Augen liege die Frage der Sozialversicherung und der Arbeitslosenunterstützung. Wohl sei ein ansehnlicher Sozialfond aus Arbeiterbeiträgen geschaffen worden, seine Mittel kämen jedoch nur in ganz geringem Umfang der Arbeiterschaft zugute. Dass staatliche Einrichtungen wie die Eisenbahnen aus diesem Fond Anleihen schöpften, sei ein völlig unhaltbarer Zustand. Mit Klagen und Beschwerden kämen jedoch die bulgarischen Arbeitnehmer nicht weiter; es gebe für sie erst dann eine wirkliche Besserung, wenn sie die Streitaxt begraben und eine feste einheitliche Gewerkschaftsfront schaffen.

---

SPD. Deutschland erstickt in Arbeitslosigkeit, Frankreich braucht Arbeitskräfte. Dass bis jetzt trotz aller Verständigungsbestrebungen zwischen Frankreich und Deutschland noch nicht einmal ein Ansatz zu einem Ausgleich zwischen den arbeitsmarktpolitischen Bedürfnissen der beiden Länder beobachtet werden kann, ist eines der ärgsten Armutszeugnisse unserer Zeit. In der soeben erschienenen neuesten Nummer der Metallarbeiterzeitung wird auf folgende groteske Tatsache hingewiesen: auf der rechten Seite des Rheins in Baden zur Zeit über 75 000 Arbeitslose, die gerne arbeiten möchten; auf der anderen Seite des Rheins im Elsass Tausende von freien Arbeitsplätzen. Deutsche Arbeitslose und französische Arbeitsplätze können aber nicht zusammenkommen. In Strassburg sind nur 17 notorisch Arbeitsunlustige eingetragen. Im ganzen Departement Unterelsass arbeiten kaum 500 deutsche Metallarbeiter, obwohl es an tüchtigen Facharbeitern mangelt. Im Elsass waren für März etwa 2000 Metallarbeiter angefordert und eine gleichgrosse Zahl von gelernten Bauarbeitern. Sollte man nicht endlich, wenigstens in Elsass-Lothringen, einmal einen Anfang zu einer arbeitsmarktpolitischen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland machen? Zeit dazu wäre es wahrhaftig. Die Arbeitsämter Kehl und Freiburg, Strassburg und Metz, Saarburg und Saarbrücken müssen miteinander besser in Fühlung kommen, und die Regierungen hätten die Aufgabe, die arbeitsmarktpolitische Verständigung nach Kräften zu unterstützen. Das müsste womöglich durch direkte Verhandlungen unter Mitwirkung der Gewerkschaften geschehen, denn mit langwierigen diplomatischen Erörterungen wird man kaum zum Ziel kommen.

Eine arbeitsmarktpolitische Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland hat natürlich zur Voraussetzung, dass herüber und drüber den nationalistischen Schwätzereien energisch entgegengetreten wird. Mit Hitlertiraden beschafft man für keinen deutschen Arbeiter in Frankreich einen Arbeitsplatz, man gibt nur damit den französischen Nationalisten Gelegenheit, vor einer Ueberflutung Elsass-Lothringens durch deutsche Arbeiter zu warnen. Eine arbeitsmarktpolitische Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wäre ein erster kräftiger Anlauf zu einer internationalen Bekämpfung der europäischen Arbeitslosigkeit.

---

SPD. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes nimmt am Montag zur Notopferfrage Stellung. Die Bundesleitung ist gegen ein Notopfer, das nur auf die Festbesoldeten, d.h. auf die Beamten beschränkt bleibt. Mit einem befristeten Zuschlag zur Einkommensteuer aller leistungsfähigen Bevölkerungsschichten wäre sie einverstanden.

---



## Die "arme" Zigarettenindustrie.

Was Neuerburg und Reemtsma an der Halpaus=Rationalisierung verdienten.

SPD. Das Reich hat kürzlich die Tabak= und damit auch die Zigarettensteuer erhöhen müssen. Das Gesetz sah vor, dass die Zigarettenindustrie auch ihren Anteil an dieser Steuererhöhung tragen solle, und es kam in der Folge zu einem scharfen Kampf zwischen den Fabriken und den Händlern um die Abwälzung der neuen Steuerlast. Ferner wurde eine kurz befristete Kontingentierung beschlossen; die Zigarettenindustrie hat sich aber als schutzbedürftig erklärt und zur Abwehr neuer Gründungen und der Aussenseiterkonkurrenz einen mindestens fünfjährigen Kontingentenschutz verlangt. Wie es mit dieser Schutzbedürftigkeit der Zigarettenindustrie aussieht, was insbesondere die heute die deutsche Zigarettenindustrie mit mehr als 80 % der Gesamtproduktion beherrschenden, miteinander verbundenen Konzerne Neuerburg und Reemtsma an der Rationalisierung der Zigarettenindustrie allein verdienen, das zeigt der Fall der Stilllegung der bedeutendsten ostdeutschen Zigarettenfabrik Halpaus in Breslau.

Die Firma Halpaus in Breslau gehörte zu den ernsthaftesten Aussenseitern des Neuerburg-Reemtsma-Konzerns. Es war eine ordentliche Stange Gold, die sich der Konzern im Jahre 1929 hat kosten lassen, um die Konkurrenz dieses Aussenseiters zu beseitigen. Erst ging der Halpausbetrieb an das Haus Neuerburg, bald darauf wurde er von diesem dem Reemtsmakonzern abgetreten. Die Stange Gold, die der Ankauf kostete, sollte durch Rationalisierungsmassnahmen und durch die Zusammenfassung der Produktion hereingebracht werden. Als Halpaus noch selbständig war, haben dort 969 Arbeiter und 202 Angestellte von Januar bis April 1929 monatlich im Durchschnitt etwa 90 Millionen Zigaretten hergestellt. Als im Mai 1929 der Betrieb von Neuerburg übernommen wurde, folgte diesem Besitzwechsel auf dem Fusse die Entlassung von 437 Arbeitern und 122 Angestellten. Die Produktion wurde aber keineswegs verringert. Im Juli 1929 wurden 86, im August 90, im September 93, im Oktober 78, im November 75 und im Dezember, als wegen der drohenden Steuererhöhung die Vorversorgung der Händler einsetzte, wurden sogar 115 Millionen Zigaretten hergestellt. Es genügte also zur Aufrechterhaltung der alten Produktion etwa die Hälfte der früheren Belegschaft; die Hälfte der früher bezahlten Löhne und Gehälter wurde als Rationalisierungsgewinn eingespart.

Inzwischen war aber die Führung des Betriebes von Neuerburg auf Reemtsma übergegangen. Eine Gesellschafter-Versammlung des Reemtsmakonzerns beschloss die vollständige Stilllegung von Halpaus und die Ueberführung der gesamten Produktion auf den Betrieb Eckstein in Dresden. Nach einer Mitteilung der Verwaltung wurde das damit begründet, dass der Dresdener Ecksteinbetrieb seine monatliche Leistungsfähigkeit von 200 Millionen Zigaretten mit 110 Millionen ausnutzen und dass er infolgedessen ganz bequem die 90 000 Millionen des Breslauer Betriebes mit übernehmen könne. Der Belegschaft von Halpaus wurde die - freilich unverbindliche - Zusage gemacht, dass etwa 200 Arbeiter in Dresden übernommen werden sollen. Offenbar war man also der Ueberzeugung, dass dieselben 90 Millionen Zigaretten, für die bei Halpaus Anfang 1929 noch fast 1200 Angestellte und Arbeiter notwendig waren, jetzt im Dresdener Reemtsmabetrieb mit nur 200 Arbeitern hergestellt werden können. Damit verdoppelte sich der

Rationalisierungsgewinn noch einmal. Aber damit waren die Gewinne aus der Rationalisierung noch nicht erschöpft. Wie bekannt geworden ist, hat die Firma Halpaus im Jahre 1928 reichlich 1½ Millionen Mark für Reklame und Propaganda ausgegeben, die natürlich vom Reemtsmakonzern jetzt zum grössten Teil eingespart werden können. Dazu kommen noch die durch die Vereinigung der Betriebe ersparten Handlungskosten und Steuern.

Man bedenke nun, dass weit über 80 % der deutschen Gesamtproduktion von rund 33 Milliarden Zigaretten vom Reemtsma-Neuerburg-Konzern beherrscht werden. In den letzten Jahren ist Fabrik auf Fabrik aufgekauft und ähnlich rationalisiert worden wie der Breslauer Halpausbetrieb. Enorme Gewinne sind mit diesen Zusammenschlüssen und der Konzentration der Erzeugung erzielt worden. Es ist alles weniger als ein Zufall, dass der vereinigte Konzern neuerdings aufgehört hat, eine Aktiengesellschaft zu sein, und sich in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umfirmiert hat. Auf diese Weise kommt die Öffentlichkeit nie in die Lage, zu erfahren, wie sich die Rationalisierung und wie sich der jetzige Kontingentschutz auswirken und wie leicht es dieser im Fett schwimmenden Industrie möglich wäre, die Steuererhöhung ohne jegliche Belastung der Händler oder der Verbraucher zu tragen.

Der Fall Halpaus bestätigt die alte Regel, dass die Rationalisierung auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten durchgeführt wird. Er zeigt, dass die Zigarettenindustrie nicht arm ist, sondern durch die Rationalisierung immer reicher wird. Er zeigt ferner, wie überflüssig jegliche Stundung der Tabaksteuern und Banderolesteuern gegenüber der Zigarettenindustrie ist, dass sie auch die letzte Steuererhöhung ohne weiteres tragen könnte, dass der Kontingentschutz nur eine besondere Gelegenheit zur Ausbeutung der Konsumenten ist und dass es wirklich an der Zeit wäre, dass das Reich bei der Zigarettenindustrie ganze Arbeit macht. Die Sozialdemokratie hat immer auf dem Standpunkt gestanden, dass Deutschland ein Zigarettenmonopol einführen müsse. Der Widerstand der Interessenten hat das bisher verhindert. Die enormen Gewinne der Zigarettenindustrie beweisen aber, dass das Reich nicht nur die Verbraucher, sondern sich selbst schädigt, wenn es der weiteren Gewinnanhäufung in der Zigarettenindustrie zusieht und den Preis, der einmal für die Einführung des Monopols gezahlt werden muss, immer teurer werden lässt.

---

SPD. Die in allen Grosstädten Deutschlands heftig diskutierte Frage, "Strassenbahn oder Omnisbus" erfährt eine sehr interessante Bereicherung durch die Erfahrungen, die Mussolinis Hauptstadt Rom in den letzten Jahren gemacht hat. Die in der Innenstadt Roms wohnenden und die zahlreichen Palazzi bevölkernden römischen Adligen, die faschistischen Ministerien und andere öffentliche Verwaltungen wollten die "proletarische" Strassenbahn im Stadtinnern verschwinden lassen und hier eine "Zone des Schweigens" schaffen, die der Vornehmheit der inneren Stadt entsprach. Das beste Mittel dazu schien die Verbannung der Strassenbahn aus dem Stadtinnern und ihre Ersetzung durch den Autobus. Man schuf ein neues Verkehrssystem, das aus 32 Strassenbahn- und 27 Autobuslinien bestand. Der völlige Umsturz der Verkehrsverhältnisse, noch erschwert durch das Fehlen des Einheitsfahr Scheins, hatte bald zur Folge, dass sich kein Mensch in Rom bei der Inanspruchnahme der Verkehrsmittel mehr auskannte.

Was der Faschismus will, versucht er auch dann durchzusetzen, wenn die Bevölkerung nicht will. Aber obwohl der Magistrat ein Buch von fast 100 Seiten zur Belehrung des Publikums veröffentlichte, obwohl in den Kinos das neue Verkehrssystem auf der Leinwand demonstriert, der Rundfunk zur Unterrichtung der Bürger herangezogen wurde, war es unmöglich, das eingetretene Tohuwabohu zu beseitigen. Im vornehmen Stadtinnern ratterten dazu die Autobusse noch lauter als vorher die Strassenbahnen, die Auspuffgase beleidigten die vornehmen Nasen der Adligen, und die Professoren entdeckten, dass die italienische Handelsbilanz



durch die teure Benzineinfuhr aus dem Ausland belastet würde. Dazu kam endlich, und das ist für die Diskussion in den deutschen Städten durchaus wichtig, dass man auch hier wieder einmal erkannte, dass die Strassenbahn mit ihren sehr viel grösseren Fassungsvermögen und mit ihren sehr viel geringeren Betriebskosten erheblich wirtschaftlicher ist, als das System der Autobusse.

---

SPD. Der Wohnungsbedarf der arbeitenden Massen wird in den deutschen Gross- und Mittelstädten, auch in kleineren Gemeinden mit starker Industriebevölkerung immer noch ungenügend befriedigt. Das sagt auch der Halbjahrsbericht der vom deutschen Reich fast voll beherrschten Deutschen Bau- und Bodenbank A.G. in Berlin. Der Bericht stellt fest, dass an Orten mit wachsender Nachfrage nach Arbeitskräften der Kleinwohnungsbedarf trotz lebhafter Bautätigkeit sogar grösser geworden ist, während in vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten zum Mindesten der dringendste Bedarf bereits gedeckt ist. Dem entspricht es auch, dass in den Bauprogrammen in den letzten 1½ Jahren Kleinwohnungen eine immer grössere Rolle spielen, wobei die Dringlichkeit der Nachfrage noch dadurch unterstrichen wird, dass man den sogenannten Luxus in den Kleinwohnungen immer stärker wegfallen lässt.

Der Bericht trifft noch andere Feststellungen, die von allgemeinem Interesse sind. So wird das Mehrfamilienhaus immer stärker bevorzugt. In den ersten drei Viertel Jahren 1928 kamen in den Gross- und Mittelstädten auf ein Wohngebäude noch 4,15 Wohnungen; in der gleichen Zeit des Jahres 1929 hat sich pro Wohngebäude diese Zahl aber im Durchschnitt auf 4,70 Wohnungen erhöht. Bei der statistischen Erfassung der Bauherren zeigt sich ein ständiges Vordringen der gemeinnützigen Baugesellschaften gegenüber den öffentlichen Körperschaften und im letzten Jahre auch gegenüber den privaten Bauherren. Während die von gemeinnützigen Gesellschaften geschaffenen Wohnungen im Jahre 1929 ihren Anteil von 47,7 auf 51 % der Gesamtzahl erhöhten, sank der Anteil der öffentlichen Körperschaften von 9,5 auf 8,0 % und der der privaten Bauherren von 42,8 auf 41 %. Die Statistische Erfassung der Wohnungsbaufinanzierung im Jahre 1929 zeigt einen erheblichen Rückgang der Sparkassen und Pfandbriefbanken bei der Kapitalbeschaffung. Dagegen haben die Lebensversicherungs-Gesellschaften in den ersten 10 Monaten des Jahres 1929 mit 242 Millionen Hypotheken und 48 Millionen Kommunaldarlehen ihren Anteil bei der Kapitalbeschaffung um rund 50 % erhöht. Das geschah aus denselben Gründen, aus denen die Sozialversicherungsanstalten bei der Wohnungsbaufinanzierung eine so entscheidende Rolle spielen. Von neuem also ein Beweis, wie gefährlich die Schwächung der Kapitalfonds dieser Einrichtungen zu Gunsten der Reichsfinanzen auf dem Bau- und Wohnungsmarkt sich auswirken müsste.

---

SPD. Die Erleichterung der kommunalen Finanznot macht Fortschritte. Der Landesbank der Rheinprovinz ist es gelungen, zur Durchführung der städtischen Umschuldungsaktion in Westdeutschland einen Ueberbrückungskredit von 70 Millionen Mark auf ein Jahr bereitzustellen, mit dem die allernotwendigsten Bedürfnisse der beteiligten Städte bei der Schuldenabdeckung befriedigt werden können.

---

## Roggenangebot unverändert stark.

### Berliner Getreidebörse vom 1. März.

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte am Sonnabend sehr ruhigen Aushandlungsverkehr. Demzufolge blieben auch die ungewöhnlich starken Andienungen von Material, das zur Lieferung per März abgeschlossen war, ohne sonderlichen Einfluss auf die Stimmung. Von ca. 17 000 Tonnen Roggen wurde der ganz überwiegende Teil für lieferbar erklärt, das gleiche gilt auch von dem allerdings in wesentlich geringeren Mengen angebotenen Weizen. Gleichwohl konnten sich die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte für beide Brotgetreidearten noch etwas befestigen. Im Handel mit effektiver Ware hat sich kaum etwas geändert. Für Roggen blieb das Angebot reichlich, für Weizen knapp. Beide Artikel erzielten ungefähr die letzten Notierungen; dabei ist jedoch ein gewisses Moment der Unsicherheit unverkennbar. Mehl hatte vollkommen lustlose Tendenz und ganz geringfügige Umsätze. Auch Hafer wurde wenig gefragt, trotzdem war hierfür die Tendenz gut stetig.

|                              | 28. Februar                    | 1. März       |
|------------------------------|--------------------------------|---------------|
|                              | (ab märkische Station in Mark) |               |
| Weizen                       | 228 - 231                      | 229 - 232     |
| Roggen                       | 159 - 163                      | 159 - 163     |
| Braugerste                   | 160 - 170                      | 160 - 170     |
| Futter- und Industriergerste | 140 - 150                      | 140 - 150     |
| Hafer                        | 121 - 130                      | 121 - 130     |
| loco Mais Berlin             | -                              | -             |
| Weizenmehl                   | 27,25 - 34,50                  | 27,25 - 34,50 |
| Roggenmehl                   | 20,25 - 24,00                  | 20,40 - 24,00 |
| Weizenkleie                  | 8,00 - 8,50                    | 8,00 - 8,50   |
| Roggenkleie                  | 7,25 - 7,75                    | 7,25 - 7,75   |

Handelsrechtliche Lieferungs geschäfte: Weizen März 241-241½ (Vortag 239½), Mai 255 (253), Juli 263 und Geld (261½), Roggen März 162 - 162½ (Vortag 162), Mai 171 (170), Juli 171½ (172). Hafer März 129 und Brief, (130), Mai 137½ Geld (137½), Juli 143½ - 144 Geld (143).

### Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 1. März: I. 155 Mark, II. 140 Mark, III. 124 Mark je Zentner. Tendenz sehr ruhig.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium gibt bekannt, dass infolge der allgemeinen Senkung der Zinssätze auch der Grundzinssatz für Reichszwischkredite zur Förderung des Kleinwohnungsbaus von 8 auf 7 % ermässigt worden ist.

SPD. Die Maschinenfabrik A. Borsig in Berlin hat nach einer Meldung aus Holland einen Auftrag zur Lieferung von 12 Lokomotiven für die von Holland beherrschte Insel Java erhalten. Borsig hat vor einiger Zeit auch Aufträge für Serbien, Indochina, Rumänien und Südamerika hereinholen können.

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 1. März 1930.

## Pariser Kaffeehäuser.<sup>x</sup>

SPD. Die Historiker des Genusslebens der Menschen pflegen zu behaupten, in Wien sei das erste Kaffeehaus errichtet worden, und von der schönen blauen Donau habe es seinen Siegeszug durch Europa angetreten. Wir wollen diese Frage nicht untersuchen, auch nicht die weitere, wie sich die gesellschaftliche Entwicklung ohne den Genuss des Kaffees vollzogen hätte. Heute gibt es wahrscheinlich in Paris mehr Kaffeehäuser als in ganz Deutschland. Welche Rolle diese Gaststätten in der grossen französischen Revolution und damit am Springquell der heutigen bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung gespielt haben, das ist in einem vor einigen Jahren von Heinrich Cunow geschriebenen ausgezeichneten Büchlein "Politische Kaffeehäuser" niedergelegt.

Wie könnte man sich Paris ohne Kaffeehäuser vorstellen? Ohne diese Zehntausende von kleinen, spiegelglänzenden Bars, in deren Ausschank der Pariser wohl fünf-, sechsmal am Tage steht, morgens seinen billigen "Crème" als Frühstück trinkend, vor dem Mittagessen seinen "Apéritif", nach dem Essen seinen "Schwarzen", und so fort, bis in die tiefe Nacht. Keine Lebensäusserung erfolgt, die nicht vorher und nachher in diesen Stehbars eingeleitet und abgeschlossen würde. Ein kleiner Nebenraum dient den Karten-, Schach- und Würfelspielern. Wer dazu keine Lust und Zeit hat - und das sind neunundneunzig Prozent der Kunden -, der kann seine Centimes-Stücke in "Bajazzo"-Spielapparaten loswerden, die in verschiedenen Arten und Formen an den Wänden der Kaffeebars befestigt sind.

Das sind die Kaffeehäuser des täglichen Lebens und der emsigen arbeitenden und schlecht entlohten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Bars, die je nach dem Stadtviertel und den Strassen ihre Preise haben, und deren Ausstattungs-Skala sich von der schwarzen Spelunke bis zum raffiniertesten Luxus hinaufreckt. Dann kommen die Kaffeehäuser zweiter, dritter, vierter, fünfter und sechster Ordnung, immer grösser, breiter, teurer, schöner, eleganter. Kaffeehäuser, in denen es billige Mittagessen gibt, bis zu jenen, wo der Portier so stolz ist, dass man fürchtet, eine an ihn gerichtete Frage koste schon ein englisches Pfund, ganz zu schweigen vom Preise des Abendessens. Zahlreich wie Sand am Meere sind die Pariser Kaffeehäuser. Die grössten und bekanntesten ziehen sich die Boulevards entlang. Die den halben Bürgersteig einnehmenden Terrassen sind im Sommer wie im Winter von Nachmittags bis in die Nacht hinein dicht besetzt von der Stammkundschaft. Das ist das Eigentümliche, dass jedes Kaffeehaus, jede Bar ihre ständigen Besucher haben. Kein Polizeirevier kennt so genau die Einwohner seines Distrikts und ihre Gewohnheiten, wie die Kellner und Kaffeewirtinnen ihre Gäste kennen, deren Herkommen, Gebräuche und Beschäftigung. Und wenn Monsieur Jean oder Fräulein Mimi eine neue Krawatte oder einen neuen Schal umgebunden haben, gleich wird es bemerkt, es wird gratuliert, es werden Komplimente gemacht. Der "garçon" weiss auch ganz genau, was jeder einzelne von den Hunderten von Kunden zu trinken gewohnt ist, und ehe noch der Gast am Büffet ist, hat schon der Bediener die Kaffeetasse oder das Glas am Hahn oder den Flaschenhals umklammert, um einzugiessen.

Ganz anders ist das Bild auf den Terrassen der grossen Boulevards, wo die Fremden zu sitzen gewohnt sind, in den Vergnügungsvierteln von Paris, rund

Um die Oper, in den Champs Elysées, auf dem Montmartre oder auf dem Montparnasse. In diesen Bezirken erst wird man gewahr, wie sehr dieses Paris geradezu ein Herz der Welt ist, zu dem aus allen Teilen der Erde die Völker immer wieder strömen. Es gibt keine bekannte Sprache der Welt, deren Laute nicht auf dem Montparnasse, wo vor allem die Studenten siedeln, zu hören wäre. Wer sich übrigens diese Studenten, ihr Leben und ihr "Quartier latin" im sentimental-verklärten Schein der Bohème vorstellt, der wird bitter enttäuscht. Wohl findet man noch die altbekannten Studenten- und Künstlercafés: "Dôme" oder "Ronde". Aber die langen Haare, die flatternden Krawatten sind längst dahin. Lokal reiht sich heute an Lokal. Kokain, Cocktail, Whisky, Neger und Jazzkapellen beherrschen die Nächte; Pfeifentabak bekommt man nicht mehr zu riechen; selbst die französische Maryland-Zigarette wird so selten wie die französische Sprache. Es wird die amerikanische "Lucky-Strike" geraucht; englisch sind die Namen der meisten Vergnügungsstätten; kein Café ist da, das nicht seine "American Bar" angereicht hätte, kein Kellner, kein Portier, keine Garderobenfrau, die nicht ihr Englisch-Amerikanisch sprechen. Oxford-Hemden, Pullover, amerikanische Schuhe, englische Schneider, englische Moden, amerikanische Sitten, "Drinks": das ist das Gebot der Stunde und des Profits. Der Dollar rollt, und es bedarf keiner Börsenkunde, keiner weltwirtschaftlichen Studien, um zu wissen, wieviel es in der kapitalistisch-imperialistischen Hochspannung geschlagen hat. Da sitzen die Söhne und Töchter der amerikanischen Bourgeoisie, leben jahrelang in Paris, sprechen jede Abwaschfrau in englischer Sprache an, bekommen englische Antworten, und wenn diese "Studenten" ihre Jahre absolviert haben und wieder auf dem Luxusdampfer in die Heimat segeln, haben sie weniger Französisch gelernt als der deutsche Landsturmmann, der im Kriege vier Wochen lang in einem Vogesenort einen Brückenübergang bewacht hat.

Hunderttausende von Fremden aller Nationen wohnen ständig in Paris. In die Millionen geht die Zahl der jährlich hier durchziehenden Reisenden. Mit ihnen in die Stadt geschwemmt wird das Heer der Hochstapler, Nepper und Verbrecher. "Café de la Paix" ("Friedenscafé") heisst das bekannteste Kaffeehaus, dicht bei der Oper, auf den grossen Boulevards. Hier ist wahrhaft Friede, denn alle sitzen dort friedlich beieinander, die Deutschen, die Engländer, die Amerikaner, die Brasilianer, die Argentinier, die Kapländer, die Russen, die Südosteuropäer, die Polen, die Japaner, alle Sprachen, alle Nationen. Mitten unter ihnen das elegante Gesindel, die Spitzel Mussolinis, die Kokotten, die Schlepper für die Spielklubs und die Führer zum Opiumsalon. An dem Tische neben mir unterhalten sich zwei Deutsche. Der eine ist aus Hamburg, der andere aus Berlin. Als die deutsche Inflation zu Ende war, wanderten sie nach Paris. Der Berliner könnte ein englischer Lord sein. Der Mantel des Landsmannes aus Hamburg ist stark abgeschabt. Der Berliner erzählt, er werde morgen im Pullmann-Express nach Cannes fahren, zusammen mit seiner fünfzigjährigen reichen amerikanischen Freundin. Der Hamburger klagt, er habe keinen roten Heller mehr in der Tasche. Alles vor einigen Wochen verspielt. 25 000 Francs in einer Nacht. "Na, Mensch, kannst keine Arbeit finden?" meint der Berliner. "Ich arbeite; dazu bin ich nicht geboren;" Der Hamburger nächtigt zur Zeit in einer Penne. Aber vor Hunger kann er keinen Schlaf finden. Schliesslich gibt der Berliner ihm fünfzig Francs. Dann trennen sie sich und wünschen sich viel Glück. Der eine hat es bei seiner Lady, der andere wird auch noch seine gütige Fee finden. Er wird sich wieder "in Schale" werfen und Englisch-Amerikanisch sprechen, und eines Tages werden sie sich wieder im "Café de la Paix" treffen. Dann wird der Berliner den Hamburger anpumpen, und so rollt das Rad und schaufelt und spült in dieser gottgewollten kapitalistischen "Ordnung", wie die Drehtüre des Luxuscafés, Drohnen hinein, und heraus, und was heute oben ist, wird morgen unten sein!

Jakob Altmaier.

## Thymian,<sup>x</sup>

Von V. Gross.

SPD. Herrn Wänstleins Interessen drehten sich nur um zwei Dinge - um Essen und seine Frau - und konzentrierten sich in dem Essen, das seine Frau zubereitete. Nach einjähriger Ehe behauptete er, dass seine bessere Hälfte einfach eine phänomenale Köchin sei. Aber nicht genug damit - Herr Wänstlein bewies seine Behauptung. Wenn er nämlich nach dem Mittagbrot ins Büro zurückkehrte, glückte sein Gesicht dem eines fettglänzenden Buddha. Er räusperte sich, schmatzte, sagte "hem" und "ah", wühlte mit der Zunge in der Mundhöhle umher und berichtete detailliert, wie und was er gegessen habe. Anfangs fanden die Anderen das ganz amüsan, aber schliesslich wurde dieses Thema Allen langweilig. Die kleinen Witze, die auf Herrn Wänstlein abzielten, wurden immer sarkastischer, wurden schliesslich grob und zuallerletzt wie Steine, die man ihm an den Kopf warf. Wänstlein spielte den Beleidigten und behauptete mit Autorität, die Andern seien nur neidisch - ja - richtig neidisch. Er lutschte seine Zähne weiter aus, schnalzte mit der Zunge, schmatzte, grunzte, während die Andern schwiegen; zwischendurch redete er dann und wann ein paar Worte ins Telephon oder machte eine Bemerkung, indem er sich dem Fenster zuwandte.

Herr Trippeltritt war leichtsinnig gewesen. Die näheren Umstände, die mit diesem Leichtsinngsein zusammenhängen, tun nichts zur Sache - wir wollen sie überspringen. Als sein Kopf aber wieder einigermaßen klar war, sodass er unter Zuhilfenahme der kleinen Tabelle rechnen und gegen Abend seine Uhr aufziehen konnte, kam er zu dem Resultat, dass er sich durchs Leben schmarotzen könne (natürlich mit ein bisschen Geschick), wenn er das Frühstück striche und für eine Krone (inklusive Trinkgelt) zu Mittag ässe, und zwar im "Alkohol freien Restaurant". Auf diese Weise konnte er sich jedenfalls bis zum nächsten Ersten (es waren noch elf Tage) durchlavieren. Das war allerdings eine Art Enthaltensamkeitskur, an der Herr Wänstlein seine helle Freude hatte. Er ging mittags immer extra an jenen grämlichen Mächtigkeitsclub vorbei und freute sich wie ein Kind, wenn auf dem Speisezettel etwa stand "Fruchtsuppe und gehacktes Beefsteak". Wieder im Büro angelangt erzählte er dann Herrn Trippeltritt mit Begeisterung von üppigen Mahlzeiten, aufgetragen von einer reizenden kleinen Frau - und wenn er schliesslich seine Tiraden mit ausdrucksvollem "hm" und "aaah" beendete, reagierte Trippeltritts Magen mit einem sonderbar verhungerten Knurren. Eines Tages sagte Trippeltritt dann schliesslich: "Wänstlein, du sagst, dass Deine Frau eine perfekte Köchin ist! Kann sie denn gelbe Erbsensuppe zubereiten???"

Hätte Trippeltritt den Namen irgendeines komplizierten französischen Salats oder sowas genannt, so hätte Wänstlein selbstverständlich überlegen gelächelt und herablassend geantwortet: "aber natürlich!" - Aber - gelbe Erbsen - gelbe Erbsensuppe - nöh - diese Frage verblüffte ihn allerdings, denn er ahnte eine Gemeinheit - tja - wusste aber wirklich nicht, wie er sich dazu stellen sollte....

"Gelbe Erbsen," sagte er vorsichtig, "jaa - das ist - das ist doch was ganz Ordinäres!"

"Gott bewahre!" höhnte Trippeltritt, "kannse nicht - kannse nicht kochen - sage ich - nicht, wie sie sein soll'n." Bei diesen Worten sah er Wänstlein nicht einmal an. Wänstlein war rasend.

"Komm' am Sonntag zu uns - nicht zu spät - alle vier könnt Ihr kommen - dann sollt Ihr mal sehn, was gelbe Erbsensuppe ist," sagte Wänstlein, "aber eigentlich ist das ja kein Sonntagsessen, na - schliesslich muss meine Frau darüber entscheiden!"

"Du gibst schon klein bei, Wänstlein," bemerkte Trippeltritt, indem er langsam den Kopf erhob, "oder sind 'gelbe Erbsen' nicht etwa ein Sonntagsessen?" "Gelbe Erbsen", ja - das ist einfach ein königliches Essen, wohlge-



merkt, wenn es richtig zubereitet ist...."

Wänstlein war still und nachdenklich geworden - eigentlich schöpfte er schon irgendeinen Verdacht - witterte eine Falle.... Er ahnte ein Verhängnis, aber kannte Trippeltritt gut genug, um zu wissen, dass der sich keine Blößen gab, Er versuchte, die Andern zu bearbeiten - der ganze Nachmittag stand im Zeichen der gelben Erbsensuppe.

Als Wänstlein am Abend nach Hause ging, hatte er den Andern jedwedes Geheimnis, das in Verbindung mit Erbsensuppe stand, abgelockt. Dalberg hatte ihm anvertraut, dass man Erbsensuppe mit Salzfleisch kochen müsse - mit sehr viel Salzfleisch. Tarp meinte, dass in die Erbsensuppe auch Kartoffeln gehörten, wohingegen Berg letzteres entschieden bestritt. Darüber hatten sie sich zwei geschlagene Stunden gezankt. Wänstlein war genau so schlau wie zuvor. Er fand aber das rettende Kompromiss - man konnte allenfalls (oder auf jeden Fall) Kartoffeln extra reichen. Am Abend hatte er eine längere Debatte mit seiner Frau - Kartoffeln oder nicht Kartoffeln - das war die Frage. Schliesslich einigte man sich, es an nichts fehlen zu lassen, mochte die gelbe Erbsensuppe noch so viel kosten. Salzfleisch, geräucherter Speck und Eisbeine - alles das wanderte in den Suppentopf und wurde mit den gelben Erbsen zusammen gekocht, denn die Suppe sollte so kräftig sein, dass ein Löffel darin stehen konnte - jawohl - so kräftig ....

Wänstlein verbrachte vom Sonnabend zum Sonntag eine schlaflose Nacht - galt es doch das Ansehen seiner Frau - und auch das eigene - ja - sein eigenes Ansehen stand auf dem Spiel - aber schon im Laufe des Sonntagvormittags stieg seine Laune um einige Grade. Die Küche war in einen schweren, fetten Dunst gehüllt. Dennoch seufzte er - denn schliesslich - billig war der Spass nicht - aber was tut man nicht alles wegen des guten Rufs....

Punkt zwei Uhr hielt unten ein Auto. Wänstlein sauste, so schnell er konnte, ans Fenster - und - sah die vier Gäste aussteigen. Trippeltritt marschierte voran die Treppen hinauf. Er sah wirklich sehr feierlich aus. Wänstlein öffnete. "Willkommen", lächelte er und streckte beide Hände zugleich aus, "legt nur ab - und dann gehen wir ins Herrenzimmer - einen Moment noch - dann werden wir essen."

Niemand antwortete. Alle standen sie wie zusammengeknäuelte in dem engen Korridor und warteten. Dann ging Trippeltritt gewichtig an die Küchentür und klopfte an. Frau Ingrid rief: "Herein!" Als Trippeltritt die Tür öffnete, schlug ihm eine fettige Wolke Essensdunst entgegen - alle schnappten nach Luft --- Nur Trippeltritt tat unbekümmert und trat neben Frau Ingrid, die am Herd stand. "Verehrte Frau Wänstlein, wir danken für Ihre freundliche Einladung - aber - aber - Sie haben doch wohl Thymian an die Erbsensuppe getan - nicht wahr?"

Frau Ingrid sah aus wie eine explosionsbereite Bombe. "Thymian? Was - was - ist denn daaas?" Trippeltritt machte einen Schritt nach rückwärts und sperrte die Augen weit auf. "Waaaas? Kein Thymian an der Suppe - tjaa - dann - dann ist das keine richtige gelbe Erbsensuppe. Bedauere. Er machte kehrt. "Kommt herrschte er die Andern an..." "Kolonne marsch!....." Wänstlein sah nur noch, wie sich die Türe schloss, und einige Sekunden später hörte er das Auto davon-sausen....

Wänstlein spricht nie mehr vom Essen....

(Aus dem Dänischen übertragen von Marieluise Henniger-Andersen.)

---

SPD. Antipathien.<sup>x</sup> Heinrich III. von Frankreich war nicht imstande, sich in einer Wohnung aufzuhalten, wo es zu gleicher Zeit eine Katze gab. Der Kaiser Ferdinand stellte dem Kardinal Lorenzo einen Mann vor, der heftiges Nasenbluten bekam, wenn er eine Katze nur von fern miauen hörte. Duchesne bekam Nasenbluten, wenn er einen Apfel roch. Und von Erasmus von Rotterdam wird berichtet, dass er fieberkrank wurde beim Geruch von Fischen.....

---

## Das gepfändete Liebesschloss.

---

Es ist heut' ganz anders als früher.  
Heut' will jeder oben hinaus,  
Sogar die Gerichtsvollzieher  
Suchen sich ihren Umgang heut' aus.

Einst waren nur arme Hunde  
Bei ihnen so recht unten durch,  
Aber neuerdings ist ihr Kunde  
Der Herzog von Altenburg.

Dieser Herr aus den oberen Zonen  
Bezog von der Republik  
Vor zehn Jahren mal sechzehn Millionen,  
Aber davon wird man nicht dick.

Einem Herrscher so wenig zu geben,  
Das verantwortete nur, wer es mag!  
Davon kann doch ein Herzog nicht leben.  
Das ist doch ein Bettelbetrag.

Diese peinliche Sache endet  
In schrecklichstem Schuldenpfehl,  
Denn nun wird dem Herrn Herzog gepfändet  
Sein Liebesschloss "Herzogsstuhl".

Auch heute, du Mann im Betriebe,  
Schlechte Zeiten brechen herein.  
Erst verloren die Fürsten die Liebe,  
Dann das Liebesschloss obendrein.

Jodok.

---

## Die Kirchhofstrasse.<sup>x</sup>

---

SPD. Ein grosstädtisches Teilzahlungsgeschäft suchte für seine Wäsche-  
abteilung einen Provisionsreisenden zum Besuche der Privatkundschaft in der  
Provinz. Unter den Bewerber befand sich auch ein Herr Findig. Er sah weder be-  
sonders repräsentabel aus - im Gegenteil: er wirkte eher etwas "reduziert" -,  
noch besass er die erforderlichen Branchenkenntnisse. Auch Zeugnisse konnte  
er nicht vorweisen und war nicht einmal imstande, Referenzen aufzugeben. Da-  
gegen verfügte er über einen unerschöpflichen Redefluss, mittels dessen er dem  
Personalchef des Hauses "den Nerv tötete", sodass der Personalchef Herrn Fin-  
dig schliesslich engagierte. (Später behauptete er, selbst nicht zu wissen,  
wie er dazu gekommen wäre.)

Herr Findig wurde nun, bewaffnet mit einem Reisespesenvorschuss nebst eine  
Musterkoffer, auf die Provinzkundschaft losgelassen. Schon am zweiten Tage lie-  
fen Aufträge von Herrn Findig in der Zentrale ein, und zwar gleich sechs. Sie  
hatten eine respektable Höhe, und Herr Findig schrieb dazu, da er nach einem  
besonderen System und mit erklecklichen Spesen arbeite, so bäte er darum, ihm  
den Teil seiner Provision, auf den er nach den Gepflogenheiten in der Branche  
sofort nach Auftragseingang Anspruch habe, telegraphisch anzuweisen. Das war  
in der Ordnung, und sein Wunsch wurde erfüllt. Am nächsten Tage kamen zehn  
Aufträge, wieder mit der Bitte um drahtliche Überweisung der Provision. Am

dritten Tage waren es schon zwölf Aufträge, die Herr Findig einschickte, am vierten Tage gar fünfzehn.

Es waren lauter neue Kunden, die der tüchtige Vertreter dem Hause gewonnen hatte. Deshalb mussten Auskünfte über sie eingeholt werden. Bis die im regulären Geschäftsgang eintreffen, vergehen fünf oder sechs Tage. Nach Ablauf dieser Frist kamen denn auch die ersten Auskünfte über die Kunden des Herrn Findig. Sie lauteten von Nummer eins bis sechs gleichmässig: "Angefragter verstorben"..... Am nächsten Tage kamen über Nummer eins bis zehn die gleichen Auskünfte. Dieses Spiel wiederholte sich auch am dritten und vierten Tage. Schliesslich ging man der Sache nach. Dabei stellte sich Folgendes heraus: Der Findige Herr Findig war gleich nach seiner jeweiligen Ankunft in den Orten, die er für seine geschäftliche Tätigkeit ausersehen hatte, direkt vom Bahnhof nach dem Friedhof der betreffenden Stadt gepilgert und hatte sich dort Leichenstein für Leichenstein gediegene Adressen notiert: Amtsrichter Schultze, Ökonomierat Müller, Sanitätsrat Lehmann und so fort. Dann war er ins erste Hotel des Städtchens gegangen, hatte ausführlich zu Mittag gespeist, die Aufträge ausgeschrieben und an seine Firma gesandt und - auf den Eingang der Provision gewartet.

Herr Findig wird jetzt acht Monate lang zu warten haben - ohne Bewährungsfrist.

I.F.

-----  
Der rabiater Borsdorfer.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Ein Obststand in einem alten Kellergewölbe an enger Verkehrsstrasse. Vorüber fluten Menschen, Autos, Hunde, eine invalide Pferdedroschke, und wieder Menschen - Menschen - Menschen.

In einem der grossen Apfelkörbe hat sich ein bereits vierfüntel fauler rabiater Borsdorfer mit der Zähigkeit eines Grossagrariers an die Korboberfläche hinaufgequetscht und macht sich da breit. Die andern, noch leidlich gesunden Äpfel tun anfänglich indigniert und wollen abrücken, was ihnen aber nicht gelingt. Der faule Borsdorfer grinst darob in übelriechender Breite. Dann reisst er sein Maul auf - man sieht's, dass er kein Odol benutzt - und hält eine Ansprache.

"Kernobstbrüder!" beginnt er und holt zu einer breiten Agitationsrede aus.

Zunächst protestieren die übrigen Äpfel noch. Es erfolgen einige Zwischenrufe.

Unbeirrt weiter fliesst der Strom seiner Rede. Nach halbstündiger Dauer hören die andern ihm bereits aufmerksam zu. (Hört! Hört!) Nach einstündiger Dauer teilen sie seine Ansicht und setzen langsam Flecken an. Nach zweistündiger Dauer umtost ihn ein Beifallssturm nach dem andern. (Minutenlanges Händeklatschen) Die Faulstellen greifen mehr und mehr um sich. Nach dreistündiger Dauer ... kommt der Obsthändler hinzu, ein vierschrotiger Prolet, packt mit derber Faust den Redner und schmeisst ihn in wütendem Bogen mitten in den Strassenverkehr, dabei in die unartigen Worte ausbrechen: "Da, du faules Biest auf den Mist mit dir, wohin du gehörst!"

Als der Apfel wieder zur Besinnung kommt, fühlt er sich gerade noch aufklatschend und zu einem dunklen Brei geworden an der Backe eines eben vorüberhastenden Reichstagsabgeordneten - ich weiss nicht, welcher Fraktion der angehört. Der Herr Abgeordnete stösst einen wilden Fluch aus, streift den Dreck von der Backe und stürzt weiter.

"Schweineerei! Ich hab's ja immer gesagt, - in einem monarchischen Staate hätte mir das nicht passieren können - da hätte ich diesen Kerl mit der Reitpeitsche ...", haucht die im Strassenschmutz verröchelnde Apfelseele.

Karl Schneider - de Witt.

SPD. Prozess um eine Dichtererbschaft. Arthur Rimbaud, der in den neunzig Jahren des vorigen Jahrhunderts jung verstorbene französische Dichter, hatte es sich wohl nicht träumen lassen, dass wegen seiner Erbschaft 37 Jahre nach seinem Tode noch einmal ein erbitterter Streit entbrennen würde. Die Vorgeschichte dieses Prozesses, bei dem es um Millionen von Franken ging, und der in literarischen Kreisen Frankreichs beträchtliches Aufsehen erregte, ist etwas verwickelter Natur. Der Vertrieb der Werke Rimbaud's, deren Ertrag nach dem Tode des Dichters seiner Schwester zustand, führte in den letzten Jahren zu einem geschäftlichen Erfolge, den niemand hätte voraussehen können. Die Erträge der Autorenrechte flossen nach dem Ableben dieser Schwester Rimbaud's deren Gatten und nach dessen Tode seiner zweiten Frau, der Witwe Dufeur, zu. Die übrige Familie Rimbaud ging so wie leer aus. Angesichts dieser Tatsache haben nun die Kinder des Bruders des Dichters, die in gedrückten Verhältnissen lebten den Verleger der Werke Rimbaud's, den Herausgeber der bekannten Zeitschrift "Mercur de France", auf Auszahlung eines Teiles der Autoren-Tantiemen verklagt. Der Prozess, der kürzlich das Pariser Zivilgericht beschäftigte, führte aus formalen Gründen zur Abweisung der Klage. Die Nutzniessung des Rimbaud'schen Nachlasses steht also nach wie vor unbehindert der Witwe Dufeur zu, obwohl diese erst mehr als zwanzig Jahre nach dem Tode des Dichters durch ihre Ehe mit dessen Schwager erberechtigt geworden ist. Wie verlautet, haben die Gerichte über die Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen.

---

SPD. Höflichkeit.<sup>x</sup> Im 18. Jahrhundert wandte man im schriftlichen Verkehr Höflichkeitsformeln an, die uns heute trotz mancher neckischer Silblüten von Unterwürfigkeitsbedürfnis im "herrlichen" wilhelminischen Zeitalter stark übertrieben anmuten. Eine Braut, die an ihren zukünftigen Mann schrieb, beendete folgendermassen ihren Brief: "Ich bin, mein Herr, Ihre sehr ergebene Dienerin." - Dr. Johnson, ein sehr berühmter Gelehrter jener Zeit, begann einen Brief an seine Schwiegertochter mit: "Liebe, gnädige Frau" und endete mit: "Ihr sehr ergebener und zugetaner Diener." Derselbe Gelehrte titulierte das sechsjährige Töchterchen eines seiner Freunde mit: "Meine sehr liebe Miss Jenny". - Der Romanschriftsteller Smolett beendete einen seiner Briefe an eine einflussreiche Persönlichkeit mit: den Worten: "Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um Sie zu versichern, sehr geehrter Herr, dass ich mit der grössten Wertschätzung Ihr sehr untertäniger, ergebener Diener bin." - Die Starre dieser Briefetikette milderte sich wenigstens bei Liebesleuten. Ein junges Mädchen erklärte ihrem Geliebten vor der Verlobung, sie sei "seine ergebene Dienerin". Aber der Ton änderte sich bald. Das junge Mädchen schrieb nachher: "Ihre treue Freundin", dann "Die Ihre". Als die Verlobung auseinanderging schrieb sie: "Mein Herr!"

---

SPD. Der beweiskräftige Kalender.<sup>x</sup> In Amerika passierte im achtzehnten Jahrhundert der folgende Vorfall:  
Ein Mann war während eines nächtlichen Spazierganges überfallen und beraubt worden. Er erkannte den Dieb und zeigte ihn an. Es kam zur Verhandlung. Der Beraubte schwor, dass der Ueberfall in einer Mondnacht stattgefunden hatte. Der Verteidiger des Angeklagten legte dem Gericht einen Kalender vor, aus dem klar hervorging, dass in jener Nacht Neumond gewesen war, dass also der Kläger falsch geschworen hatte. Das Gericht konnte diesen offensichtlichen Beweis nicht widerlegen und sprach den Angeklagten frei.  
N.B.: Der Kalender war für diese Gerichtsverhandlung besonders hergestellt worden.....

---

## Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

8)

SPD. Daniel, der empfindlicher war, hatte sich schon wieder angezogen, während Guirec und Vincent noch in der Sonne lagen. Seite an Seite kamen die Verschiedenheiten ihres Körpers deutlich zum Ausdruck. Neben Vincents weissem Körper war Guirec, mit der Furche seiner Brustbehaarung, mit seinen Muskeln, die sich unter diesem Fell, das ihn von Kopf bis Fuss bespannte, um so deutlicher abzeichneten, das vollkommene Abbild der Männlichkeit. Und Daniel betrachtete ihn. Er dachte an das Leben der Matrosen, an die Grausamkeit, die darin liegt, die jungen und kräftigen Leute, die sich von Hafen zu Hafen nur durch brutale Leidenschaft austoben können, in vollkommener Abgeschlossenheit zu halten.

Ist es nicht natürlich, fragte sich Daniel, dass ihre südliche Sentimentalität oder ihr bretonischer Hang zur Mystik, je stärker er zurückgehalten wird, um so verzweifelter zum Ausbruch und zur Gärung kommt und sich dann verwirrt?

Wenn nur dieser alte Matrose hier im Leuchtturm, in dem man genau so abgeschlossen lebte wie an Bord, Vincent nicht verderben würde.....

Ein Schauer überfiel Daniel, dann aber wies er seine Befürchtungen zurück und machte sich sogar Vorwürfe, dass er überhaupt auf solche Gedanken kommen konnte. Vielleicht war Vincents Ähnlichkeit mit Yvonne daran schuld, der Bruder hatte ihn an die Schwester erinnert, und die Erinnerung an Yvonne liess ihn immer an leidenschaftliche Umarmungen denken.....

Aber gleich einem Keim, der sich entwickelt, wurden diese Gedanken in wenigen Tagen zur fixen Idee, zur Furcht und dann zum Verdacht. Gewisse zweideutige Aeusserungen von Guirec bestärkten ihn in seinem Misstrauen. Er konnte sich schon nicht mehr davon freimachen. Es störte seinen Schlaf und erfüllte seine Nächte, in denen er wachen musste. Mit schleppenden Beinen und schmerzverzogenem Munde ging er in dem engen Zimmer auf und ab, und auch das Glas Wasser, das er hinuntergoss, brachte ihm keine Linderung. Er fieberte nach Schlaf und blieb schlaflos. Seine Erregung war nicht nur so tief, weil er fürchtete, Guirec könnte Vincent verführen, es erfüllte ihn ausser der dumpfen, uneingestanden Angst eine Art zwiespaltiger Eifersucht. Zwei Wesen wurden in seinem Geist zu einem; er konnte sich den Fall des einen nicht vorstellen, ohne darunter wie unter einer Besuldung des anderen zu leiden. Endlich fasste er sich wieder und beschloss zu beobachten. Er hoffte, dass die Tatsachen ihm eine beruhigende Gewissheit brächten.

Seine Furcht bestätigte sich zwar nicht, der quälende Zweifel jedoch blieb. Vincent schien an Guirecs Gesellschaft Gefallen zu finden. Abseits unterhielten sich beide miteinander. Sie duzten sich neuerdings und bestätigten so eine wachsende Vertrautheit. Daniel erkannte nicht, dass seine schlechte Laune selbst daran schuld war, dass er sich von den anderen abschloss. Er beschuldigte Guirec den jungen Mann zu umgarnen. Deswegen versuchte er auch, ihn von sich aus zurückzugewinnen. Er bemühte sich, ihn in seiner Nähe zu behalten, ihn zu interessieren. Er sprach mit ihm von seiner Familie, von seiner Schwester, von seinen Plänen. Oder er lieh ihm Bücher. Gleichzeitig musste er seine Stellung als Vorgesetzter ausnutzen, um Vincent oben, Guirec unten im Turm zu beschäftigen. Sein verhaltener Aerger verriet sich durch Ungerechtigkeit, und er wurde Guirec gegenüber gereizt. Er suchte Vorwände, um ihn der Nachlässigkeit und der Ungeschicklichkeit zu überführen. Er war so zänkisch, dass Vincent die Partei seines Kameraden ergriff, um für ihn ein gutes Wort einzulegen. Aber Daniel, dem diese Fürsprache eine Enthüllung zu sein schien, schnitt ihm kurzerhand das Wort ab.

Von diesem Tage an herrschte ein Zerwürfnis zwischen den Bewohnern des Teufelsfelsens. Vincent beobachtete Daniel gegenüber grösste Zurückhaltung,



denn er hatte sich geärgert. Und Guirec tat dasselbe.

Unter dem stärker werdenden Winde hatte der Ozean seine Beweglichkeit wieder gewonnen. In diesem Anblick suchte Daniel Vergessen.

Man unterliegt in der Tat einem einschläfernden Zauber, wenn man all die verschiedenen Wellen heranrollen sieht, und die Neugier, die nächste, und dann wieder die nächste zu sehen, zerstört jeden Gedanken.

Und jede Welle kommt hüpfend, als wolle sie einen Anlauf nehmen; sie scheint, von der Luft angezogen und emporsteigend, den Himmel mit all ihren aufwärts gerichteten Spitzen durchbohren zu wollen. Sie steigt immer höher und wird immer heller wie eine Mauer aus dickem Glas. Endlich verliert sie ihr Gleichgewicht, krümmt sich unter einem Bausch von Schaum, der sie schliesslich in ihrer ganzen Länge krönt. Und sie überstürzt sich, wirft selbst ihre von Algen durchzogene Durchsichtigkeit über sich zusammen und zerbricht in eine weisse Sturzflut, die sich zu einer wirbelnden Ebene dehnt. Manchmal geht sie auch ohne Zorn vorüber. Eine Klippe stellt sie, zerschneidet sie; dann sieht man, wie der lange, polierte Streifen sich neu bildet, leicht geneigt wie ein Sprungbrett; oder der vollkommen bedeckte Felsen durchbohrt ihren geraden Rücken und erscheint wieder an der Oberfläche. Unten sind weisse Tropfen nach allen Richtungen verspritzt wie eine Hand voll Reiskörner. Unzählige kleine Giessbäche fliessen von dem schwarzen Gestein herab, und bis zur nächsten Welle schaukelt die ganze Oberfläche ringsherum in einem Netz von Schaum, zwischen dem die grüne Tiefe erscheint.

Sobald Daniel den Turm wieder betrat, erwachte seine alte, auf einen Augenblick verdrängte Sorge.

Durch einen Umstand wurde sie ernsthafter.

Während er eines Tages dabei war, die meteorologischen Feststellungen zu vergleichen, hörte er einige Worte einer Unterhaltung zwischen Guirec und Vincent, die die Treppe teerten.

"Bei dir", sagte Vincent, "ist alles in Ordnung?"

"Jawohl, mein Junge!... Ein neu mobliertes Zimmer. Ein Bett mit dem feinsten Laken... Du wirst ja sehen und kannst dir deine eigene Meinung bilden!"

Mit einem Ruck öffnete Daniel die Tür. Die anderen schwiegen.

In dieser Nacht wurden seine Befürchtungen immer stärker. Seine Gedanken waren voller Bitterkeit. Er verglich, beobachtete jede Bewegung mit den gehörten Worten. Er studierte deren Bedeutung, leitete ihre Folgen ab und rannte sich immer mehr in der Ueberzeugung fest, dass seine Furcht begründet sei, und dass das Schreckliche geschehen werde. Er redete sich das mit einer gewissen Bitterkeit ein. Als er ins Bett ging, änderte die von seiner Ermüdung bewirkte Geistesverwirrung seinen Schmerz, sie milderte ihn jedoch nicht, und er lauschte voller Angst auf das geringste Geräusch.

Auf alle Fälle musste er Vincents Vertrauen und Freundschaft wieder erlangen. Sollte er den Bengel womöglich um etwas bitten, sich vor ihm demütigen?... Er tat es, obwohl seine Bemühungen bei denen er sich selbst etwas verachtete - ohne besonderes Entgegenkommen hingenommen wurden, aber er erreichte wenigstens, dass Vincent abends während der ersten Stunden der Wache bei ihm blieb.

Als der junge Mann beim Lesen müde geworden war, schlief er ein. Daniel betrachtete das Gesicht und war gerührt. Was für eine Aehnlichkeit Bruder und Schwester hatten!

(Fortsetzung folgt.)